



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 49 Feb./5 2023

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Bern, die Hauptstadt der Schweiz, wo gegenwärtig Politiker und Politikerinnen die historisch gefestigte Neutralität der Schweiz demontieren.

So demontieren Schweizer Politiker die Schweizer Neutralität

Autor: Christian Müller, 15. Februar 2023

Die Schweizerische Eidgenossenschaft – die «Confoederatio Helvetica», deshalb das CH auf den Autos – ist historisch seit dem Wiener Kongress 1815 neutral. Zusammen mit dem Ruf des Schweizer Geschäftsmannes Henry Dunant, aus dessen Erlebnissen nach der Schlacht von Solferino im Jahr 1859 und dessen Ideen das «Internationale Rote Kreuz» entstanden ist, hat sich die Schweiz einen hervorragenden Ruf als internationale Vermittlerin und als Interessen-Vertreterin zwischen verfeindeten Staaten erworben. Doch das schert die jetzige politische Führungsebene in Bern nicht, eine einseitig NATO-freundliche Politik zu betreiben.

«Das erste parlamentarische Gipfeltreffen der internationalen Krim-Plattform findet am 25. Oktober 2022 in Zagreb in Kroatien statt. Rund fünfzig internationale Parlamentarierdelegationen werden erwartet, um über die Zukunft der Krim zu diskutieren. Nationalratspräsidentin Irène Kälin (Grüne, AG) vertritt die

Schweiz. Die Teilnehmenden werden eine gemeinsame Erklärung verabschieden, in welcher sie die Besetzung der Krim verurteilen und die im Anschluss an die Konferenz veröffentlicht wird.»



Wo konnte man Proteste sehen? Da reist die damalige Präsidentin des Schweizer Nationalrates, die Aargauerin Irène Kälin von der Partei der Grünen, im Oktober 2022 nach Zagreb, um an einem parlamentarischen Gipfeltreffen der von der Ukraine geschaffenen «Krim Plattform» teilzunehmen. Wie man aus dem offiziellen Text aus Bundesbern mit Datum 21. Oktober entnehmen kann, sollte dort nicht etwa diskutiert werden, sondern, alles war bereits im voraus festgelegt, die «Besetzung» der Krim durch Russland verurteilt werden. Und Irène Kälin stellt sich dort als formelle Vertreterin der Schweiz vor. Ein Auszug aus ihrer Rede (Übersetzung cm):

«Im Namen des Schweizer Parlaments möchte ich zunächst der Ukraine und Kroatien für die Ausrichtung dieses ersten parlamentarischen Gipfels der Internationalen Krim-Plattform danken. [] Dass wir heute als Parlamentarier – als Vertreter des Volkes – hier versammelt sind, ist ebenfalls ein Zeichen. Denn auf diese Weise bringen wir die Solidarität unseres Volkes mit unseren ukrainischen Brüdern und Schwestern zum Ausdruck. – Diese Plattform ist heute wichtiger denn je. Vor mehr als acht Jahren hat Russland die Krim unter klarer Verletzung des Völkerrechts annektiert. Im Nachhinein ist klar, dass diese Annexion kein isolierter Vorfall war, sondern lediglich die erste Phase eines grösseren, brutalen Plans. [] Ich möchte auch unsere grosse Besorgnis über die Menschenrechtslage auf der Krim zum Ausdruck bringen. In Berichten von Menschenrechtsorganisationen wird von schwerwiegenden Einschränkungen insbesondere der Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit berichtet. Sie berichten auch von zahlreichen Fällen willkürlicher Verhaftungen sowie von Zwangsumsiedlungen. [] Die Bevölkerung der Krim hat einen doppelten Schlag erlitten: Zuerst die Annexion vor acht Jahren und die Verschlechterung der Menschenrechtslage. Und nun die umfassende Aggression gegen die Ukraine, begleitet von einer weiteren Einschränkung der Grundfreiheiten, der jüngsten Verhängung des Kriegsrechts und der Zwangsrekrutierung von Krimbewohnern durch die russische Armee. [] Die Unterstützung der Schweiz für eine ukrainische Krim ist unerschütterlich. Die Krim ist die Ukraine!»

Da geht also eine prominente Schweizer Politikerin an ein internationales Treffen, dessen Abschlussverlautbarung bereits vor dem Treffen feststeht, und sie behauptet, im Namen der Schweizer Bevölkerung zu sprechen. In ihrer Rede allerdings zeigt sie in aller Deutlichkeit, dass sie von der Krim und deren Bevölkerung nicht die geringste Ahnung hat. Wäre sie nämlich einmal auf der Krim gewesen, dann wüsste sie, dass die Menschen auf der Krim die Wiedervereinigung mit Russland ausdrücklich wollten und dies in einem freien Referendum zum Ausdruck brachten. Der Autor dieser Zeilen war, nicht zum ersten Mal, im Jahr 2019 mehrere Wochen persönlich auf der Krim und hat in gut hundert Gesprächen mit Krim-Bewohnern – von der Reinigungsfrau im Hotel in Jalta bis zur Uni-Dozentin in Sebastopol – keine Person gefunden, die zurück zur Ukraine möchte. Aber was kümmern eine Schweizer Politikerin – die grüne Nationalratspräsidentin! – schon die Wünsche und Hoffnungen von Menschen in einem anderen Land? Dass es auch völkerrechtlich berechnete Gründe gab, nach dem Putsch auf dem Kiewer Maidan und der illegitimen Einsetzung einer neuen, jetzt USA-abhängigen Regierung, eine Sezession vorzunehmen, ist der Politdame in Bern offensichtlich völlig egal – «geht ihr total am Arsch vorbei», wie Otto-Normalbürger es formulieren würde. Und was ist mit der Schweizer Neutralität, die sie als gewählte Nationalrätin doch einhalten müsste? Sie pfeift drauf!

Und jetzt im Februar 2023 ein neues, aktuelles Beispiel

Eine formelle Verlautbarung aus dem Berner Bundeshaus:

«Der Chef der Armee empfängt den NATO-Oberbefehlshaber in Europa zu einem Arbeitsbesuch»

Bern, 10.2.2023 – Am 9. Februar 2023 stattete General Christopher G. Cavoli, der NATO-Oberbefehlshaber in Europa (Supreme Allied Commander Europe, SACEUR), der Schweizer Armee einen Arbeitsbesuch ab.

Im Zentrum der Gespräche mit dem Chef der Armee, Korpskommandant Thomas Süssli, stand die Intensivierung der Kooperation mit der NATO. []

Während des Besuchs haben sich Korpskommandant Süssli und General Cavoli unter anderem über die Lage in der Ukraine und über die Auswirkungen des Kriegs auf Europa und die NATO ausgetauscht. Ein weiteres Thema war das neue strategische Konzept, das die NATO Ende Juni 2022 an ihrem Gipfeltreffen in Madrid verabschiedete und das der Zusammenarbeit und dem Dialog mit Partnerstaaten wie der Schweiz grosses Gewicht beimisst.

Zusammenarbeit erhöht Verteidigungsfähigkeit

In seinem Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht 2021 informierte der Bundesrat im September 2022 über seine Absicht, die internationale Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen innerhalb des neutralitätsrechtlichen Rahmens zu verstärken. Dies insbesondere mit der NATO und deren Mitgliedstaaten. Beiträge an die Europäische Sicherheit und vertiefte Kooperation erhöhen die Verteidigungsfähigkeit der Armee und stärken damit die Sicherheit der Schweiz. Die Schweiz nimmt seit 1996 an der Partnerschaft für den Frieden mit der NATO teil. In diesem Rahmen verbessert die Armee seither ihre Zusammenarbeitsfähigkeit (Interoperabilität) mit der NATO.

Konkrete Möglichkeiten, über die derzeit diskutiert wird, sind beispielsweise die Entsendung von Schweizer Stabs- und Verbindungsoffizieren in die NATO-Kommandostruktur oder weitere Beteiligungen an NATO-Kompetenzzentren (Centres of Excellence, CoE). Seit Sommer 2021 beteiligt sich die Schweiz bereits am Cooperative Cyber Defence CoE im estnischen Tallinn, um ihre Cyberabwehr zu verbessern. Auch die allfällige Beteiligung von Schweizer Truppen an multinationalen Übungen ist Gegenstand der Gespräche. []

Stärkung der bilateralen Kooperation

Zusätzlich zu seiner NATO-Funktion ist General Cavoli Kommandant der amerikanischen Streitkräfte in Europa (United States European Command, USEUCOM). Beim Besuch wurden auch Möglichkeiten zur Stärkung der bilateralen Kooperation diskutiert. Grundlage dafür ist ein Ausbildungsabkommen, das die Schweiz im Mai 2020 mit den USA abgeschlossen hat.»

Ende der offiziellen Mitteilung aus Bern.

Der langen Rede kurzer Sinn: Die Schweiz möchte enger mit der NATO und militärisch auch enger mit den USA zusammenarbeiten. Und das als neutraler Staat!

Diese von der Schweizer Regierung, von beiden Parlamentskammern und von deren Administratoren betriebene Politik ist ein klarer Verrat an der Schweizer Neutralität. Ist die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung aber wirklich willens, künftig wie Deutschland und andere EU- und NATO-Staaten ihre Zukunft nach den Weltbeherrschungswünschen der USA zu gestalten? Dieser USA, die seit Jahrzehnten in bald allen Weltregionen militärische Interventionen mit Hunderttausenden von Kriegsopfern auf dem Gewissen haben?

... und die Schweizer Medien machen mit!

Das Schlimme an der ganzen Geschichte: Alle vier grossen Schweizer Medienkonzerne, Ringier, Tamedia (TX Group), NZZ und CH-Media, berichten und kommentieren ebenfalls getreu nach den Wünschen der NATO und der USA. Nur noch relativ kleine Medien wagen eine andere Meinung, darunter – ausdrücklich zur regelmässigen Lektüre empfohlen! – die «Weltwoche», die «Zeit-Fragen», das «Zeitgeschehen im Fokus» oder auch der «Schweizer Standpunkt». Für die Schweiz als freiheitliches und bisher neutrales Land ist die gegenwärtige Medienlandschaft eine echte Tragödie – und eine Schande, die hoffentlich so auch in die Geschichtsbücher eingehen wird, unter ausdrücklicher Nennung der dafür verantwortlichen Konzern-Mehrheitseigentümer.

Quelle: <https://globalbridge.ch/so-demontieren-schweizer-politiker-die-schweizer-neutralitaet/>

Für Idioten sowie für krankhaft Dumme, Ungebildete und Landesverräter bei der Regierung der Schweiz sei hier klar und deutlich erklärt, was Neutralität überhaupt ist und bedeutet; und Idioten, Dumme und Landesverräter, wie auch Ungebildete, die sich gross meinen, jedoch nicht verstehen was Neutralität ist, gehören nicht in die Regierung, egal, welches Amt sie innehaben und verlogen angeblich für das Wohl des Staates sowie für das des Volkes «hart» arbeiten.

NEUTRALITÄT bedeutet, dass weder ein Für oder Wider und also diesbezüglich eine absolute Schwingungslosigkeit in der einen oder anderen Beziehung besteht, sondern es ist eine absolut völlig **NEUTRALE** Schwingung gegeben. Diese ist also in keiner Art und Weise mit einer Schwingung von Für oder einem Wider für irgendeine Sache belastet, sondern in sich selbst als Schwingung neutral und in dieser Weise untadelig niemals negierend oder befürwortend.

Neutralität bedeutet, dass in keiner Art und Weise weder für die eine oder dieser entgegengesetzten Partei das Panier ergriffen werden darf, und zwar egal, ob die eine im Recht und die andere im Unrecht ist. Neutralität eines Staates bedeutet, dass sich die umfängliche Regierung und bis zum letzten Menschen des Volkes alle und unter jeglichen Umständen und also in jeden Fall aus allem rauszuhalten haben. Die Neutralität erlaubt nicht und niemals, dass sich einzelne Regierende und die Regierung selbst irgendwie in irgendwelche Angelegenheiten eines anderen Staates einmischen, irgendwelche Beihilfe oder Hilfe leistet, denn jede diesbezügliche Form dieser Art, sowohl mündliche oder materielle, ist nicht nur eine Verletzung der Neutralität, sondern ein bössartiger Verrat an derselben und an der Neutralität des Staates selbst, wobei dieser und dessen Volk zusätzlich bezüglich der Sicherheit, des Friedens und der Freiheit gefährdet und praktisch vogelfrei wird. Dies ist von bleibender und fester Gültig auch in der Weise, wenn eine Freundschaft von Staat zu Staat und von Mensch zu Mensch besteht, denn eine Neutralität bleibt so oder so bestehen und darf niemals beeinflusst werden in der Weise, dass durch eine bestehende Freundschaft die Neutralität (gebogen), nur teilweise gilt oder parteiisch (geändert) werden darf. Dies gilt auch in religiös-glaubensmässiger Hinsicht, denn nur ein diesbezügliches Verhalten kann Religionskrieg und religiösen Mord und Totschlag verhindern.

Fakten über die imperiale Grossmacht USA


US-Militär- und Geheimdienstaktionen seit 1953 (Beispiele):

1953: Staatsstreich im Iran	1985: Embargo gegen Nicaragua
1959: Finanzierung von Terroristen (Kuba)	1986: Bombardierung von Libyen
1961: Invasion in der Schweinebucht (Kuba)	1988: Abschuss eines Passagierflugzeugs (Iran)
1964: Invasion in Laos und Vietnam	1989: Invasion und Besetzung von Panama
1964: Staatsstreich in Bolivien	1990: Finanzierung von Terroristen in Kolumbien
1965: Staatsstreich & Invasion in der Dom. Republik	1991: US-Invasion im Irak
1967: MIL Unterstützung Israels im 6-Tage Krieg	1992: US-Invasion in Jugoslawien
1970: Staatsstreich in Kambodscha	1993: Bombardierung des Irak
1971: Militärintervention in Bangladesch	1994: Bombardierung einer Arzneimittelfabrik (Sudan)
1976: Unterstützung von Rebellen in Angola	1999: Bombardierung von Serbien ohne UN-Mandat
1977: Staatsstreich in El Salvador	2001: Bombardierung & Invasion in Afghanistan
1981: Ausrüstung von "Gotteskrieger" in Afghanistan	2003: Bombardierung & Invasion im Irak
1982: Support im Falkland-Krieg gegen Argentinien	2011: Bombardierung und Staatsstreich in Libyen
1982: Militärische Aufrüstung des Iraks	2014: Bombardierung von Syrien ohne UN-Mandat
1983: Militärische Aufrüstung des Irans	2015: Bombardierung einer Klinik in Afghanistan

Quellen: <http://bit.ly/1PggDLZ>, <http://bit.ly/1Ko5vTT>, <http://bit.ly/1j2lpEH>

fb.com/politik.geschichte.zeitgeschehen

**„Man könnte auch zusammenfassend sagen:
Die Vereinigten Staaten von Amerika
haben in den letzten 40 Jahren
mit jedem Schwein und Ver-
brecher zusammenge-
arbeitet, solange die
Interessen der amerikanischen
Großkonzerne gewahrt
geblieben sind.“**



Volker Pispers
Kabarettist

Hierzu passend gibt es die kostenlose FIGU-Broschüre
«Machenschaften der imperialen Weltmacht USA»

**Die Machenschaften
der imperialen Weltmacht USA**

zusammengestellt von Achim Wolf



FIGU – SSSC
Freie Interessengemeinschaft
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti ZH
Schweiz

<https://shop.figu.org/schriften/gratisschriften/die-machenschaften-der-imperialen-weltmacht-usa?language=de>



**Zum dritten Mal scheint Deutschland die Welt in einen grossen Krieg zu führen.
Und geht noch stolz in den Untergang.**

Wikipedia: «Wahnsinn Krankheit – Häufig äussert sich Wahnsinn durch einen Kontrollverlust über die Affekte, so dass Gefühle ungehemmt gezeigt und ausgelebt werden. Das Verhalten bewegt sich ausserhalb der Vernunft, die Folgen des eigenen Tuns für sich und andere werden nicht mehr bedacht.»

Waffen, Krieg, Feindbilder und fehlende Selbstkritik sowie Arroganz und Scheinheiligkeit führen nicht zum FRIEDEN, sondern in den sicheren UNTERGANG.

Weapons, war, enemy images and a lack of self -criticism as well as arrogance and hypocrisy do not lead to PEACE, but into safe DOWNFALL.

1989 - "Club der toten Dichter".
1989 - "Dead Poets Society".

2023 - Club der toten Hirne.
2023 - Club of the Dead Brains.

Waffen, Krieg, Feindbilder und fehlende Selbstkritik sowie Arroganz und Scheinheiligkeit führen nicht zum FRIEDEN, sondern in den sicheren UNTERGANG.
Weapons, war, enemy images and a lack of self-criticism as well as arrogance and hypocrisy do not lead to peace, but into safe downfall.



DEAD POETS

Wir wollen FRIEDEN !



DEAD BRAINS

We want PEACE!

Lasst die friedliebenden Menschen in Ruhe leben und macht den Job zum wirklichen Wohle der Völker, wofür ihr gewählt wurdet; ihr schizophrenen Psychopathen, die ihr an der Macht seid!

Let the peace-loving people live in peace and do the job for the real good of the peoples for which you were elected, you schizophrenic psychopaths in power!



"Security" (war) conference in Munich, February 2023

**Sicherheitskonferenz oder treffender Kriegs-Konferenz?
FRIEDEN-Plakat der FIGU-Landesgruppe Deutschland e.V.- in Karlsruhe**



A.W., Deutschland

Chefarzt über die wachsenden «Impf»-Nebenwirkungen: Schlimmste je erlebte Erkrankungen

Hwludwig, Veröffentlicht am 17. Februar 2023

Dr. Jörg-Heiner Möller, Chefarzt der Kardiologie in der Asklepios-Klinik in Burglengenfeld (Bayern), hat sich an den fernen «Uckermark-Kurier» im obersten Nordosten Deutschlands (der Heimat einer dunklen Herrscherin) gewandt, weil er die erstaunliche vielstimmige Berichterstattung dieser Zeitung in einer sonst gleichgeschalteten Presse schätzt und hoffte, dort mit seinen erdrückenden Erfahrungen über anschwellende schwere Impf-Nebenwirkungen Gehör zu finden. Und der «Uckermark-Kurier» hat einen Artikel über seinen breiten Erfahrungsbericht am 4. Februar 2023 veröffentlicht 1. Er ist erschütternd und wegen seiner empirischen und wissenschaftlichen Fundiertheit von grosser Bedeutung. Wir bringen nachfolgend seine wesentlichen Punkte.



Dr. Jörg-Heiner Möller, Chefarzt

Chefarzt Dr. Möller war schon zu Beginn der Corona-Krise über seine Region hinaus bekannt geworden, da er mit seinem Team, lange bevor ein Impfstoff in greifbarer Nähe war, einen Weg entwickelt hatte, wie Corona besiegt werden könne. Er fand damit aber in medizinischen Kreisen kein Verständnis. Die Mittelbayerische Zeitung Regensburg berichtete am 9.9.2020 2 (leider hinter Bezahlschranke), dass er ihr Material vorgelegt habe, das belege, dass seine freundlichen Anfragen, seine Strategie durch eine Studie zu begleiten,

auf taube Ohren gestossen seien. Seine Kritik habe sich unter anderem gegen das Universitätsklinikum Regensburg gerichtet.

Ebenso intensiv befasst er sich seit Monaten mit den in seiner Klinik in Burglengenfeld zunehmend auftretenden «Impf»-Nebenwirkungen, die er als «PostVac» von «PostCovid» streng unterscheidet, wie der Uckermark-Kurier zitiert. «Das sind zwei Bezeichnungen für dieselbe, neu aufgetretene Autoimmunerkrankung, einmal durch das Corona-Virus selbst hervorgerufen, einmal durch die Impfung gegen Corona ausgelöst.» Mit seinen Bemühungen um und seinem Eingehen auf die Erkrankten ist er inzwischen über seine Region hinaus bekannt geworden.

In der Klinik meldeten sich mittlerweile Betroffene aus dem gesamten Bundesgebiet. Ihnen erkläre der Herzspezialist stets als Erstes, dass sich Autoantikörper gegen körpereigene Rezeptoren gebildet haben, welche wiederum zur Erkrankung führen. Solche sogenannten Autoantikörper seien zwar auch in geringem Umfang in der Normalbevölkerung nachweisbar:

«In meiner Patientengruppe von aktuell 170 Frauen und Männern, die an PostCovid oder PostVac erkrankt sind, können wir sie jedoch zu 98 Prozent nachweisen, was ein starkes Argument für den autoimmunen Entstehungs-Mechanismus ist.»

Fast alle diese Menschen hätten einen wahren «Ärztemarathon» hinter sich, um ihr altes Leben zurückzubekommen, erkläre der Chefarzt:

«Denn es werden meistens weder auffällige Laborwerte nachgewiesen, noch fallen krankhafte apparatemedizinische Untersuchungsbefunde auf. Und so machen es sich viele ärztliche Kollegen nur allzu einfach, indem sie das von ihnen nicht verstandene Krankheitsbild als psychosomatisch abtun und damit das Leid der Patienten noch mehr als ohnehin schon vergrössern.»

Fall-Beispiele

Dr. med. Jörg-Heiner Möller führe Beispiele an: Da sei die Mutter von drei kleinen Kindern, die nach der Impfung so bleiern müde geworden sei (im Fachjargon: Fatigue), dass sie ihre Kinder nicht mehr versorgen könne. Nach über 50 Arztkontakten sollte sie nun in die Psychiatrie eingewiesen werden. Der Arzt sage:

«Im Gespräch ist sie völlig normal, nur unendlich traurig und verzweifelt.»

Und da sei der Berufspilot, der nach Coronainfektion nicht mehr fliegen kann, weil er alles vergisst. Da sei der junge Ingenieur, der sein Grossbauprojekt nach der Corona-Impfung nicht mehr verantwortlich leiten könne, weil er z.B. nicht mehr in der Lage sei, Excel-Tabellen zu lesen und zu bearbeiten.

Da sei die junge Bankerin, die ihre Traumstelle wegen der PostVac-Erkrankung verliere.

Da seien die beiden Geschwister, die nach Impfung schwer erkrankt seien und seit einem Jahr nicht mehr in der Schule gewesen seien, und, und, und ...

«170 Schicksale dieser Art habe ich gesehen, täglich werden es mehr!», sage der Kardiologe, der bei seiner Schilderung selber tief bewegt sei und weitere Leidenswege anführe:

«Die Krankenschwester im ambulanten Dienst, die sich in ihrer kleinen Heimatstadt nicht mehr zurechtfindet und sich auf dem Weg zu den Patienten und auf dem Weg nach Hause verfährt; der Vater von kleinen Kindern, dem die Mama einen der Jungs zum Einkaufen zur Begleitung mitgeben muss, weil der Papa mit PostVac-Erkrankung mit dem Einkaufszettel nicht klarkommt! Was für ein katastrophales Vater-Sohn-Verhältnis bahnt sich an!»

Und der Uckermark-Kurier hebt hervor:

«Es sei die schlimmste Erkrankung, die er in seiner langen Berufslaufbahn jemals erlebt habe, auch, weil man den Patienten nicht glaube, betont der Mediziner:

«Ich sehe zerstörte Lebensläufe, finanzielle Abstürze, zerrüttete Beziehungen, schwere Depressionen, bei denen Antidepressiva in keiner Weise helfen, und – Suizide, zunehmend. Ich habe selten so viel Verzweiflung gesehen und häufig selbst nach dem Gespräch mit diesen Patienten weinen müssen. So etwas habe ich noch nie erlebt!»

Erkennbares Muster beim Krankheitsbild

Obwohl das Krankheitsbild vielfältig sei, erschliesse sich Dr. Möller doch ein immer wiederkehrendes Muster: Es entwickle sich ein schweres Müdigkeitssyndrom, die Fatigue. In schlimmen Fällen könne das Bett nicht mehr verlassen werden. Und man könne es nicht wegrainieren, nach jeder Anstrengung komme es zum schweren Rückfall.

«Wir nennen diese Besonderheit PEM (post exercise malaise). Sie ist zum Beispiel der Grund, dass sich der Zustand vieler Betroffener unter dem üblichen Trainingskonzept einer Reha deutlich verschlechtert, nur wenige REHA-Zentren sind mit diesem Müdigkeitssyndrom vertraut.»

Es träten in den allermeisten Fällen kognitive Störungen auf, vielfach als demenzielle Entwicklung fehlinterpretiert. Wortfindungsstörungen seien noch eine harmlose Variante, am Steuer eines fahrenden Autos abgelenkt werden und vergessen, dass man Auto fährt, sei schon eine andere Kategorie! Es bestehe Gruppenintoleranz, d. h., die Reizüberflutung, wenn man mit Freunden zusammen sei, könne auf einmal nicht mehr

toleriert werden. Es komme zu sozialer Isolation, was die zerstörerische Abwärtsbewegung dieser Erkrankung verstärke.

Kopfschmerzen, teils unerträglich und nicht auf die üblichen Medikamente reagierend, treten auf.

Es treten Sehstörungen auf, bei häufig völlig normalem augenärztlichem Befund.

Gelenk- und Muskelschmerzen stellten sich ein, häufig als «Rheuma» fehlinterpretiert.

Es bestehe eine Störung der Wärme-Kälte-Regulation.

Es könne zu einem schnellen Herzschlag ohne Grund kommen.

Therapiemöglichkeiten

Nach Therapiemöglichkeiten gefragt, führe der Spezialist aus, dass Augenmediziner der Universitätsklinik Erlangen bereits im Juli 2021 eine autoantikörperbindende Substanz (BC007), die zur Behandlung des Glaukoms und in der Kardiologie bei einer Form der Herzschwäche, bei der Autoantikörper nachweisbar waren, verwendet wurde, bei vier LongCovid-Patienten eingesetzt hätten.

«Es hat bei allen vier Patienten in diesem Heilversuch teilweise beeindruckend geholfen, bei dreien von ihnen dauerhaft, bei einem kam es nach sechs Monaten zu einem Rückfall. Dieser Heilerfolg ist seit Juli 2021 bekannt. Bislang (über 18 Monate später) hat eine Studie mit diesem Medikament noch nicht einmal begonnen, ich kommentiere das nicht. Solange BC007 nicht zugelassen worden ist, bleibt nur die sogenannte «Blutwäsche» noch als Therapieoption: Wenn man Autoantikörper als den entscheidenden Faktor der Erkrankung identifiziert, ist die gebotene logische Konsequenz, dass man eben diesen Autoantikörper mittels Immunadsorption zu entfernen versucht.»

Kollegen, die so mutig gewesen seien, diese Therapie seit Anfang 2022 durchzuführen (nicht durch Leitlinien geschützt, als sogenannte off label-Therapie) hätten von einer Erfolgsrate von 70 bis 80 Prozent berichtet. Das Problem sei, dass die Krankenkassen eine Finanzierung bis zum heutigen Tage mit ausschliesslich bürokratischen Argumenten ablehnten. Die Therapie koste ambulant aber gut 11'000 Euro, stationär sogar etwa 18'000 Euro.

«Nach dem Nichterkennen der Erkrankung und der Diskreditierung der betroffenen Menschen als «psychosomatische Fälle» kommt jetzt der gesellschaftspolitische Skandal dazu, dass sich nur begüterte Patienten diese Behandlung leisten können. Von meinen 170 Patienten wurde die Immunadsorption deshalb nur bei 40 Patienten durchgeführt», beklage der Mediziner.

Nach sechs Monaten Verlaufsbeobachtung könne er aber bei 20 dieser 40 Patienten schon den Langzeiterfolg bewerten. Bei 60 Prozent sei es zu einer anhaltenden deutlichen Verbesserung gekommen. Bei 20 Prozent habe es nach anfänglicher Verbesserung einen Rückfall gegeben.

Dr. Möller: «Bei weiteren vier Personen hat es nicht geholfen, wobei drei von diesen vier Patienten berichteten, dass die Müdigkeit zwar deutlich besser geworden war, ihr eigentliches Hauptproblem (Gelenkschmerzen, Luftnot) jedoch unverändert geblieben sei. Diese Zahlen sind insgesamt noch viel zu niedrig, decken sich jedoch mit den Berichten meiner Kollegen, die die Immunadsorption durchführen. Was wir sehen, ist, dass insbesondere Müdigkeitssyndrom und kognitive Störungen durch die Behandlung deutlich besser werden.»

Der dritte Skandal

Nach dem Diskreditieren der Erkrankten und nach der Weigerung der Kostenträger, die einzig helfende Therapie zu finanzieren, weite sich die Sache möglicherweise zu einem dritten und wohlmöglich grössten Skandal aus:

«Von den 170 von mir betreuten Patienten sind 120 PostVac-Patienten, d.h. die Erkrankung ist in kurzem zeitlichem Abstand nach der Impfung (meist nach der 2. oder 3. Impfung) ausgebrochen. Von all diesen 120 betroffenen Patienten wurden – entweder durch ihre Hausärzte (eher selten) – oder durch sie selbst Meldungen an das Paul-Ehrlich-Institut als Impfschaden geschickt. Bei keinem einzigen (!) erfolgte eine Anerkennung der Erkrankung als durch die Impfung verursachter Impfschaden.»

Und Dr. Möller bekräftige abschliessend empört: «Nun prüft das Paul-Ehrlich-Institut, soweit ich weiss, nicht den klinischen Sachverhalt des Impfschadens. Aber wer tut dies eigentlich? Und wie kann es sein, dass diese nachweislich durch die Impfung Erkrankten in keiner Statistik auftauchen? Das kann doch nur bedeuten, dass die Zahl der Impfschäden wesentlich höher ist, als offizielle Stellen verlautbaren! Hier ist dringend Transparenz geboten!»

1 nordkurier.de

2 mittelbayerische.de

Siehe auch:

<https://reitschuster.de/post/zerstoerte-leben-schockierende-arte-doku-ueber-impfschaeden/>

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/02/17/chefarzt-uber-wachsende-impf-nebenwirkungen-schlimmste-je-erlebte-erkrankungen/#more-11205>



Ein Artikel von Peter Vonnahme; 17. Februar 2023 um 10:00

Eine nüchterne Betrachtung zeigt, dass Bundeskanzler Olaf Scholz seine Zeitenwende nur ausgerufen hat, weil jetzt nicht Nato-Staaten angegriffen haben, sondern Russland. Doch das allein rechtfertigt weder historisch noch linguistisch, von einer Zeitenwende zu sprechen. Die Wortwahl des Kanzlers zeugt vielmehr von sprachlicher Beliebigkeit, Geschichtsvergessenheit und vom Hang, mit zweierlei Massstäben zu messen. Von Peter Vonnahme.

Am 27. Februar 2022, drei Tage nach der russischen Invasion in die Ukraine, verkündete Kanzler Scholz: «Der russische Überfall auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Er bedroht unsere gesamte Nachkriegsordnung. Das ist völkerrechtswidrig. Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.» Richtig am Kanzlerwort ist, dass der Angriff auf die Ukraine völkerrechtswidrig ist. Trotzdem ist die Aussage zur Zeitenwende problematisch.

Völkerrecht

Erinnern wir uns: Das Völkerrecht wurde häufig gebrochen. Das war so im Krieg der NATO gegen Jugoslawien von 1999. Weder gab es für das Bombardement Serbiens ein Mandat der UNO, noch lag ein Fall der Selbstverteidigung gemäss Art. 51 UN-Charta vor. Auch der NATO-Vertrag rechtfertigte den Krieg nicht, weil es keinen bewaffneten Angriff auf ein Bündnismitglied gab. Der frühere Bundeskanzler Schröder räumte 2014 den Völkerrechtsbruch ausdrücklich ein.

Der Irakkrieg von 2003 war aus denselben Gründen völkerrechtswidrig. Angreifer waren die USA, Grossbritannien und eine merkwürdige «Koalition der Willigen». Der damalige US-Aussenminister Colin Powell gab später zu, dass er vom US-Geheimdienst CIA getäuscht worden ist. Die angeblichen Beweise für irakische Massenvernichtungswaffen waren manipuliert. Taurige Tatsache: Es gab Krieg, weil die USA Krieg wollten. Auch die Kriege in Afghanistan, Libyen und Syrien waren zumindest teilweise völkerrechtswidrig. Ihre verheerenden Folgen wirken bis heute nach.

Der falsche Begriff Zeitenwende

Typisch für eine Zeitenwende ist, dass die Welt vor der Wende eine völlig andere ist als in der Zeit danach. Das trifft fraglos für den deutschen Überfall auf Polen am 1.9.1939 zu, weil damit der Zweite Weltkrieg begann – mit 80 Millionen Toten. Das gilt auch für die Terroranschläge auf die USA vom 11.9.2001. Die Bilder des einstürzenden World Trade Centers haben sich in das Weltgedächtnis eingebrannt. 9/11 war das Startsignal für den von Präsident Bush ausgerufenen «war on terror», an dem die Welt bis heute leidet.

In diese Kategorie gehört der Krieg in der Ukraine nicht. Er ist ein Krieg wie viele andere zuvor oder anderswo in der Welt. Grosse Teile des Globalen Südens haben keine Ahnung von diesem Krieg fernab in Europa, sie leiden allenfalls unter seinen wirtschaftlichen Auswirkungen. Es vergeht kein Tag ohne Kriege irgendwo auf der Welt, derzeit im Jemen, im Kongo, im Südsudan, in Äthiopien und in mehr als einem Dutzend anderer Länder. Seit der Jahrtausendwende gab es viele schwere Kriege in unserer Nähe, etwa in Jugoslawien, Irak, Libyen und Syrien. Warum sprach damals niemand von Zeitenwende? Das hätte nahegelegen, vor allem weil sich Deutschland im Jugoslawienkrieg erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder als Kriegspartei betätigte – fatalerweise auf der Seite der Rechtsbrecher!

Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, wenn Scholz jetzt mit Blick auf den Ukrainekrieg von einer Zeitenwende spricht. Die schlimmen Zivilisationsbrüche in Butscha und Mariupol sind kein Argument. Denn Vergleichbares gab es auch im Vietnamkrieg (Massaker von My Lai, Abwurf von Agent Orange) und im Irakkrieg (z.B. Folterskandal von Abu Ghraib). Erst recht gilt das für die US-amerikanischen Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki mit Hunderttausenden Toten. Auch das war zweifelsohne eine echte Zeitenwende, wurde aber nicht so bezeichnet.

Eine nüchterne Betrachtung zeigt, dass Scholz seine Zeitenwende nur ausgerufen hat, weil jetzt nicht NATO-Staaten angegriffen haben, sondern Russland. Doch das allein rechtfertigt weder historisch noch linguistisch, von einer Zeitenwende zu sprechen. Die Wortwahl des Kanzlers zeugt vielmehr von sprachlicher Beliebigkeit, Geschichtsvergessenheit und vom Hang, mit zweierlei Massstäben zu messen.

Seitenblick auf Putin

Doppelbödigkeit zeigt sich – nebenbei bemerkt – auch bei der politischen Bewertung des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Er wird im Westen heute als das Böse schlechthin dargestellt, allenfalls vergleichbar mit Hitler. Das Bild ist richtig und falsch zugleich. Es ist richtig, weil der Putin von 2023 wie ein zynischer und empathieloser Zerstörer auftritt. Es ist falsch, weil der junge Präsident Putin 2001 im deutschen Bundestag mit seiner teilweise auf Deutsch gehaltenen Rede die Hand weit nach Westen ausgestreckt hat und dafür von unseren Volksvertretern mit stehenden Ovationen gefeiert wurde. Abgesehen davon sind Gleichsetzungen mit Hitler immer historisch problematisch. Zwischen 2001 und 2023 liegt eine lange Reise von Putin, begleitet von westlicher Ignoranz und Arroganz. Das erklärt manches, entschuldigt aber nichts.

Eine Frage drängt sich auf: Warum werden die für frühere Kriege verantwortlichen US-Präsidenten Clinton, Bush und Obama für ihre Verbrechen nicht annähernd so verteufelt wie der russische Präsident?

Durch diese Hinweise soll die russische Invasion nicht beschönigt werden. Sie ist und bleibt ein Rechtsbruch. Und Putin bleibt ein Rechtsbrecher, der vor den Internationalen Strafgerichtshof gehört, wie auch die genannten US-Präsidenten. Putin hat Russland ins Abseits gestellt. Trotzdem muss dieses grosse Land Teil der Völkerfamilie bleiben.

Zwischenbilanz

Wenn der Ukrainekrieg keine wirkliche Zeitenwende war, dann ist es notwendig, alles zu hinterfragen, was unter Berufung auf eine solche inszeniert worden ist. Das gilt zunächst für das sogenannte «Sondervermögen» von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr und für die Ausweitung der künftigen Militärhaushalte. Das gilt erst recht für die umfangreiche Sanktionspolitik, die das eigene Land und die eigenen Menschen mehr schädigt als Russland. Das gilt für die damit verbundenen Rückschritte im Klima- und Umweltschutz. Vor allem aber ist die massive Waffenlieferungs politik Deutschlands kritisch zu untersuchen.

Ist Deutschland im Krieg?

Der Bundeskanzler hat mit seiner leichtfertigen Rede von der Zeitenwende den Boden bereitet für eine beispiellose Diskriminierung Russlands, für eine weitere Entfremdung der globalen Völkerfamilie, für wirtschaftliche Verwerfungen und für eine bedrohliche militärische Eskalation. Scholz wörtlich: «Der Bundeshaushalt 2022 wird dieses Sondervermögen einmalig mit 100 Milliarden Euro ausstatten. Die Mittel werden wir für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben nutzen. Wir werden von nun an Jahr für Jahr mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren.»

Dafür bekam er im Bundestag stehenden Applaus, bemerkenswerterweise auch von der Oppositionspartei CDU/CSU.

2022 hat sich die Stellung Deutschlands in der Welt geändert. Erstmals seit der Jahrtausendwende stellt sich die Frage, ob Deutschland wieder Kriegspartei ist. Im Normalfall lässt sich das mit einem einfachen Ja oder Nein beantworten. Doch in Zeiten des Ukrainekrieges ist das anders. Die deutsche Aussenpolitik ist heute so verwirrend wie nie. Einerseits beschwört der Kanzler, Deutschland sei in der Ukraine keine Kriegspartei. Gleichzeitig brüstet sich seine Aussenministerin, die sich als «Völkerrechtlerin» bezeichnet, auf höchster internationaler Bühne: «We are fighting a war against Russia.» Man fragt sich unwillkürlich, ist das Verwirrspiel Folge von Baerbocks diplomatischer Unerfahrenheit oder Resultat einer olivgrünen «wertebasierten Aussenpolitik»? Grüne Parteifreunde beruhigen, es sei nur ein sprachlicher Lapsus gewesen. Wer das

holprige Englisch der Ministerin schon mal gehört hat, hält das für möglich. Tatsache ist, dass der Kreml Baerbocks Fauxpas genüsslich aufgreift und fragt: Was gilt nun? Kriegspartei oder nicht?

Zunächst fällt auf, dass unsere Regierung einen Kabinettsbeschluss aus dem Jahr 1971, Waffen nur an Bündnispartner zu liefern und keinesfalls an Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind, still und heimlich beerdigt hat.

Das zeigt sich daran, dass Deutschland Selensky alles geliefert hat, was sein Kämpferherz begehrt: Helme, Aufklärungsdrohnen, Panzerfäuste, Raketenwerfer, Haubitzen, Flak-, Schützen- und Kampfpanzer. Dazu natürlich Munition und Granaten. Im Aufrüstungspaket ist weiter die Ausbildung ukrainischer Soldaten in Deutschland enthalten, ebenso die Wartung des Kriegsgeräts in Deutschland. Eine lesenswerte Liste aller bisher an die Ukraine gelieferten Waffen und Ausrüstungsgegenstände findet sich unter diesem Link.

Ein Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages lässt keinen Zweifel, dass damit die Grenze zur Kriegsbeteiligung überschritten ist.

So überzeugend diese völkerrechtliche Einschätzung ist, sie hilft im konkreten Fall nicht weiter. Denn entscheidend ist nicht, was kluge Juristen und Militärexperten in Berlin meinen, sondern wie der Kreml die Situation bewertet. Es ist nämlich offensichtlich, dass sich Putin nicht an rechtlichen Kriterien ausrichtet. Putin wusste auch vor dem Angriff auf die Ukraine, dass er damit Völkerrecht bricht. Das scherte ihn allerdings nicht, weil er vitale Interessen seines Landes bedroht sah. Nichts deutet darauf hin, dass sich an dieser Haltung etwas geändert hat.

Der Ritt auf der Rasierklinge

Die deutsche Waffenlieferungspolitik ist ein Ritt auf der Rasierklinge. Sie wird unterstützt durch das parlamentarische Büchsenspannerquartett Strack-Zimmermann, Hofreiter, Kiesewetter und Roth. Es gibt seit Monaten kaum eine TV-Talkshow, in der sie nicht für ihre bellizistische Weltsicht werben dürfen. Sie betreiben das Geschäft von Scholz, Merz, Baerbock und Lindner und damit das der USA. Stimmen, die zur Vorsicht und Diplomatie mahnen, sind medial deutlich unterrepräsentiert. Der regierungsnahe Mainstream in TV, Rundfunk und Presse versteht sich als Lautverstärker der ohnehin Mächtigen und der nimmermüden Waffenlobby, die auf die Überzeugungskraft von Panzer & Co. setzt.

Getragen von einem abgründigen Ukraine-Hype und einer absichtsvoll entfachten Russophobie dreht der Hasardeur Selensky die Eskalationsschraube immer weiter. Kaum hatte Scholz der Lieferung von Kampfpanzern zugestimmt, forderte Selensky umgehend die Lieferung von Kampfflugzeugen und Kriegsschiffen. Es ist zu befürchten, dass auch diesen Forderungen entsprochen wird. Der frühere CIA-Chef und Vier-Sterne-General Petraeus glaubt jedenfalls daran. Zudem lehrt die Erfahrung, dass ein orientierungsloses Deutschland dem vereinten Druck von Ukraine, USA und Nato nicht standhält. Zuerst wird gezaudert, gezählt und geprüft. Zu guter Letzt wird gezockt – in Abstimmung mit Weissen Haus und NATO. Und wieder dreht sich die Rüstungsspirale eine Windung weiter. In der Logik von Selenskys Salomitaktik ist es nur eine Frage der Zeit, bis er seine alte Forderung nach einer Flugverbotszone wiederholt. Irgendwann wird er auch den Einsatz von westlichen Bodentruppen ins Spiel bringen. Für Deutschland wird es von Tag zu Tag schwieriger, auf der abschüssigen Bahn seiner bizarren Aussenpolitik einen aktiven Kriegseintritt zu vermeiden.

Die eigentliche Zeitenwende

Die Stimmen in Deutschland mehren sich, dass man sich von Putins Drohungen mit Atombomben nicht einschüchtern lassen solle. Denn, so sagen sie, Hunde, die bellen, beißen nicht. Ausserdem: Angst sei ein schlechter Berater, sie lähme nur. Kürzlich meinte einer: Hätte Putin tatsächlich Nuklearwaffen einsetzen wollen, dann hätte er es schon längst getan. Das heisst nichts anderes als: Volles Risiko, Augen zu und durch!

Das ist frivol und lebensgefährlich zugleich. Wer solches sagt, hat nichts begriffen. Diese Leute setzen die Angst vor dem Krieg mit Feigheit gleich. Sie tun das vermutlich, weil sie nicht wissen, wie sich Krieg anfühlt. Das gilt praktisch für alle, die heute politische Entscheidungen treffen. Sie beschwören einen Sieg der Ukraine über Russland. Und je mehr sie das hoffen, desto sorgloser schwadronieren sie über westliche Wertegemeinschaft und regelbasierte Aussenpolitik. Die Worte Diplomatie, Interessenausgleich und Frieden fehlen im sprachlichen Repertoire der NATO-Musterschüler Annalena, Agnes und Anton. Ihre Gehirne wirken wie zubetoniert. Indiz für eine emotionale Zeitenwende? Oder für einen irrationalen Glauben an die Heilkraft von Waffen? An dem Tag, als der Kanzler die Lieferung von Leopard-Kampfpanzern an die Ukraine zusagte, rückten amerikanische Wissenschaftler die Zeiger der symbolischen Weltuntergangsuhr (Doomsday Clock) auf 90 Sekunden vor Mitternacht vor. Das ist der dramatischste Wert seit ihrer Einführung im Jahre 1947; selbst bei der Kubakrise 1962 waren es noch sieben Minuten bis Mitternacht.

Wenn man heute von einer Zeitenwende sprechen will, dann besteht sie darin, dass es keines Atomschlags mehr bedarf, um die Welt an den Rand des Abgrunds zu führen. Kennzeichen der westlichen Politik nach dem Ukraineüberfall ist es, dass das in der UN-Klimakonferenz von Paris 2015 feierlich vereinbarte «1,5-Grad-Ziel» zugunsten einer grösstmöglichen Sanktionierung Russlands hintangestellt wurde. Dahinter steht

der Glaube, dass der Ruin Russlands wichtiger ist als die Bewahrung unseres Planeten in einem bewohnbaren Zustand. Doch an das dachte unser aller Olaf nicht, als er unter Beifall des Hohen Hauses die Zeitenwende verordnete. Er ist nämlich Realpolitiker durch und durch, notfalls bis zum Untergang der ihm Anvertrauten.

Nachbemerkung des Textverfassers: Das ist die Weltsicht eines Mannes, der mitten im Zweiten Weltkrieg geboren wurde, und heute als Achtzigjähriger bekennt, dass er trotz eines Lebens in Frieden die Schrecken des Krieges nicht vergessen hat. Vielleicht liegt das auch daran, dass der Schreiber seinen Vater nicht kennengelernt hat, weil dieser als deutscher Landser in Russland den Heldentod gestorben ist.

Ausserdem ist der Schreiber bekennender Putin-«Versteher», nicht in dem Sinne, dass er Putins Handlungen billigt, sondern, dass er verstehen (begreifen) will, warum dieser so gehandelt hat. Das ist ein grosser Unterschied.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=93923>

Vortrag von Harvard-Ökonomen Jeffrey Sachs in der Ungarischen Nationalbank am 20. Dezember 2022

Die vollständige Rede (54 Minuten) ist auf dem YouTube Kanal der Ungarischen Nationalbank:
<https://www.youtube.com/watch?v=BZiZPwtsre4>

Titel Englisch:

Jeffrey D. Sachs: The Role of Sustainability Amidst Current Global Crises

Im Folgenden finden Sie die ersten 20 Minuten der Rede ungekürzt:

Und was für ein Vergnügen es ist, zusammen zu sein. Und ich hoffe wirklich, dass wir auch einen Dialog führen können, damit ich höre, was ihnen durch den Kopf geht, und dass wir gemeinsam über die Komplexität der heutigen Welt nachdenken können, die, technisch ausgedrückt, ein Chaos ist. Wir haben es wirklich mit mehr Krisen, mehr Verwirrung und mehr Meinungsverschiedenheiten zu tun, als ich mich in meiner beruflichen Laufbahn, die nun schon 42 Jahre andauert, erinnern kann.

Vielen Dank für die Erinnerungen an die Zeit vor 30 Jahren. Der Beginn der Transformation. Ich möchte kurz zehn Jahre zurückgehen, denn ich habe in den 1970er Jahren Wirtschaftswissenschaften studiert, und das war eine Ära der Stagflation, wie wir sie jetzt haben, mit hoher Inflation und grossen Schocks für die Produktion. Und ich dachte, das wäre eine gute Sache, um eine Dissertation darüber zu schreiben.

In meiner Dissertation von 1980 ging es also um Stagflation und Angebotsschocks, und mein erstes Buch hiess «The Economics of Worldwide Stagflation» («Die Ökonomie der weltweiten Stagflation»), was dieses Jahr genau 40 Jahre her ist. Ich erlebe also gerade ein Déjà-vu von vor 40 Jahren, denn die Stagflation ist wieder da. Ich habe sie also schon einmal gesehen, und das stimmt mich nachdenklich. Ich wollte es nicht noch einmal so sehen, wie die Stagflation der 1970er Jahre, so viele der Ursachen unserer Krise sind von Menschen gemachte Fehler und Irrtümer.

Wir haben es wieder getan, und wir sollten wirklich besser aus der Vergangenheit und den Ereignissen von vor 30 Jahren lernen. Diese frühen Tage der Transformation werfen auch heute noch einen grossen Schatten auf uns, und zwar in einer Weise, die ich nicht erwartet hatte, denn nachdem ich mich Anfang der 1980er Jahre mit der Stagflation befasst hatte, erlebten wir in den 1980er Jahren weltweit eine schreckliche Wirtschaftskrise, in den Entwicklungsländern und in Mittel- und Osteuropa.

Natürlich war die grosse Schuldenkrise zum Teil auf das Ende dieser Stagflationsperiode zurückzuführen. Sie werden sich an die hohe Inflation in den frühen achtziger Jahren erinnern, oder vielleicht erinnern Sie sich auch nicht, das ist längst Geschichte. Aber zur Zeit der hohen Inflation in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren, nach einigen gescheiterten Versuchen, die Inflation zu kontrollieren.

Schliesslich bekamen die Vereinigten Staaten einen neuen Gouverneur unserer Zentralbank, der Fed, der zwei Meter gross war und grosse Zigarren rauchte. Paul Volcker. Und er erhöhte die Zinssätze in den USA auf 20%, was während einer tiefen Rezession beispiellos war, beendete die hohe Inflation in den USA, löste aber weltweit eine Schuldenkrise aus. Das hat meine Karriere begründet.

Ich muss sagen, Gott sei Dank für Volcker und seine grossen Zigarren, denn so viele Länder riefen an und sagten, wir haben eine grosse Schuldenkrise. Und 1985 ging ich nach Bolivien, das eine massive Schuldenkrise und eine Hyperinflation als Folge der Schuldenkrise hatte, ganz klassisch. Und so half ich ihnen, die Hyperinflation zu beenden, zum Teil durch Ablehnung der Schulden, und das war eine Idee, die ich aus den 1920er und 1930er Jahren übernommen hatte.

So wiederholte sich die Geschichte. Und in den zwanziger und dreissiger Jahren wurden die Schuldenkrisen zum Teil durch Zahlungsausfälle oder Neuverhandlungen oder Streichung der Schulden beendet. Manchmal zu spät, manchmal erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber auf jeden Fall habe ich diese Ideen aufgegriffen und Bolivien geholfen, seine Schulden zu erlassen, und die Inflation wurde beendet. Und dann, Anfang 1989, rief mich ein Beamter der polnischen Botschaft in Washington an, der nach Harvard kam und sagte: Wir haben auch eine Schuldenkrise.

Können Sie uns die Schulden erlassen? Und das war im Januar 1989. Und ich sagte, ich muss gestehen, ich bin wirklich auf der Seite von Solidarność. Es ist unter Lech Walesa, er steht unter Hausarrest, und es herrscht Kriegsrecht. Ich kann Ihnen nicht wirklich helfen. Und er sagte, er habe verstanden und rief mich vier Wochen später zurück und sagte, wir werden das Kriegsrecht aufheben. Kommen sie jetzt?

Das war nicht mein Werk. Es war eine Sache des Timings. Und so kam ich am 4. April 1989 in Warschau an, dem Tag der Unterzeichnung des Abkommens am Runden Tisch zwischen der Regierung von Präsident Jaruzelski und der Solidarność-Bewegung. Ich wurde für ein paar Monate Berater der Regierung und Solidarność. Und dann nach den Wahlen am vierten Juni in Polen für die Solidarnosc-Bewegung allein.

Und ich sage nur ein Wort zur Schocktherapie, nämlich da sie fragten: Was sollen wir tun? Wir sind pleite, wir sind bankrott. Es ist hoffnungslos. Ich sagte: «Es ist ganz einfach. Eure Schulden werden gestrichen, also macht euch keine Sorgen um die Schulden.» Und sie sahen mich an, als wäre ich verrückt, was ich wahrscheinlich auch war. Aber ich wurde gebeten, einen Plan für Markt und Wirtschaft zu schreiben, und das geschah in der Wohnung eines wunderbaren polnischen Führers namens Jacek Kuron, der aus dem Gefängnis kam und Arbeitsminister wurde, und er war ein enger Berater von Lech Walesa.

Und so verbrachte ich eines Abends etwa 4 Stunden damit, ihm meine Vorstellung von einer marktwirtschaftlichen Reform zu schildern. Und er sprach kein Englisch. Ich sprach kein Polnisch. Wir hatten einen Übersetzer. Es gab viel Rauch und eine Menge Whiskey, den er trank. Und alle paar Minuten klopfte er auf den Tisch. «Tak rozumiem! Tak rozumiem!» Ich habe verstanden.

Und am Ende, so gegen Mitternacht, sagte er zu mir, okay, du musst das jetzt schreiben. Wir brauchen das in einem Memo. Und ich sagte, natürlich, Herr Kuron, ich fahre morgen Abend zurück in die Vereinigten Staaten und werde es Ihnen per Fax schicken, zumindest innerhalb von zwei Wochen. Nein, morgen früh. Es ist Mitternacht.

Und so gingen wir in einen Kindergartenraum mit dem Manager der Gazette...(?). Und sie hatten einen neuen IBM-Laptop, der damals brandneu war und den die USA ihnen geschenkt hatte. Und ich tippte die ganze Nacht ein Memo und gab es um 7 Uhr morgens an Kuron zurück, wie man eine Marktwirtschaft macht. Das war also meine Nachtschicht, in der ich das geschrieben habe.

Wenn jemand daran interessiert ist, kann ich es gerne per E-Mail schicken, denn viele Jahre später fand es jemand in den Archiven und schickte es mir zu. Ich habe also eine Kopie von dieser «Nachtschicht», und das wurde die Grundlage des Balcerowicz Plans, und zwar in erheblichem Masse. **Und die Idee war, die Währung konvertierbar zu machen und die Grenzen für den Handel sofort zu öffnen.**

Das war die Grundidee. Der Schlüssel dazu war der von mir empfohlene Polnische Zloty-Stabilisierungsfonds, der Reserven für diese neue konvertierbare Währung bereitstellen sollte. Und der zweite war der Schuldenerlass. Und diese Theorie wurde die Sieben-Postkarten-Theorie genannt, denn in der Nacht, in der Mazowiecki an die Macht kam, gab es ein Treffen der OKP(?), **der polnischen Solidarnosc-Abgeordneten im Parlament, und sie luden an diesem Abend zwei Redner ein.**

Externe Redner. Der eine war Senator Dole, der wichtigste Senator der USA, und er vertrat Präsident Bush. Und sie luden mich ein, zu sprechen. Und es hat sehr gut geklappt, denn Senator Dole sprach zuerst und sagte, dass das amerikanische Volk alles für die Freiheit Polens tun würde. Und dann stand ich auf und sagte: «Ich stimme Senator Dole zu.»

Und deshalb bin ich mir sicher, dass Amerika alle Schulden Polens erlassen wird. Und deshalb habe ich gesagt, der Ausweg sind sieben Postkarten, eine an jedes der G7-Länder, und sagt ihnen, vielen Dank. Aber die Schulden aus der Sowjetzeit sind weg. **Und am Ende wurden Polen etwa 60% seiner Schulden erlassen.** Der letzte Schritt war Deutschland, denn Deutschland war, wie Sie sich vorstellen können, sehr resistent gegen einen Schuldenerlass.

Ich schickte Balcerowicz eine Kopie des Londoner Abkommens von 1953 zwischen dem postnazistischen Deutschland und dem Westen, in dem die deutschen Schulden aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg gestrichen wurden, und Balcerowicz übergab sie Helmut Schmidt, der sie sich bei dem Treffen ansah und sagte: «Wissen Sie, Sie haben Recht.» Und am Ende hat Deutschland den Schuldenerlass auch unterstützt, nicht zu 100%, wie ich wollte, sondern zu 60%.

Das waren also die Ursprünge davon. Aber ich hoffe, es lohnt sich, in Erinnerungen zu schwelgen, um einen geopolitischen Punkt anzusprechen: Nachdem das passiert war, wurde ich von Grigori Jawlinski, dem Berater von Gorbatschow, gebeten, Präsident Gorbatschow 1990 zu helfen. **Und ich glaubte, dass Gorbatschows Idee, die er das gemeinsame europäische Haus nannte, genau die richtige Idee für Europa und für die Sowjetunion war.**

Das war vor dem Ende der Sowjetunion. Aber Gorbatschow sagte, wir sollten eine demokratische Sowjetunion haben und sie sollte offen sein, völlig offen, und wir sollten ein friedliches europäisches Haus haben. In der Tat erstreckt sich das von Rotterdam bis Wladiwostok. Ich habe Gorbatschow geliebt. Ich hielt ihn für einen Mann von unglaublicher Integrität und Anstand, im Grunde genommen. Weil er glaubte, dass man keine Menschen erschießt.

Das war sein wichtigster Glaube. Erschießt keine Menschen. Das war bemerkenswert für einen sowjetischen Führer. Und es war die grösste Staatskunst seiner Zeit. Und so ging er, wie Sie wissen, mit Ungarn in jeder Hinsicht voran, öffnete die Grenzen und zeigte den anderen Weg. **Gorbatschow sagte, wir werden den Warschauer Pakt auflösen. Und es geschah zu der Zeit, dass Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher und George Bush und James Baker sagten: «Wow, das ist gut. Das ist grossartig. Wenn ihr das tut, werden wir die NATO nicht einen Zentimeter nach Osten verschieben.»**

Und so wurde 1990 eine Vereinbarung getroffen. Es ist eine sehr explizite Abmachung. Es ist nicht nur ein Gespräch. Es war tatsächlich eine sehr intensiv diskutierte und ausgehandelte Vereinbarung. Die Abmachung wurde also getroffen. Der Warschauer Pakt endet, die NATO bewegt sich überhaupt nicht. Deutschland wird wiedervereinigt. Und das war die Vereinbarung.

Und ich glaubte an dieses Abkommen und glaubte an Gorbatschow. Und ich empfahl, dass die Sowjetunion auch finanzielle Hilfe erhält, weil sie sich in einem Zustand des Zusammenbruchs befand, ein gescheitertes Wirtschaftssystem, katastrophale soziale Bedingungen. Und Gorbatschow hatte natürlich Mitte der 1980er Jahre kurzfristig eine Menge Kredite aufgenommen, um das System zu stützen. Und all diese Schulden wurden fällig, und die Ölpreise waren Ende der 1980er Jahre zusammengebrochen.

Die Sowjetunion befand sich also in einer sehr scharfen, kurzfristigen Finanzkrise. Zusammen mit Jawlinski und einigen meiner Kollegen in Harvard verfassten wir ein Dokument, das wir «Grand Bargain» nannten. Es sah vor, dass Gorbatschow die demokratischen Reformen fortsetzen und der Westen der Sowjetunion bei der finanziellen Umgestaltung helfen würde, damit die wirtschaftliche Umgestaltung stattfinden konnte.

Interessanterweise wurde dieser Vorschlag dem Weissen Haus im April 1991 vorgelegt. Es basierte auf denselben Prinzipien wie die polnische Episode. Er wurde vom Weissen Haus vollständig abgelehnt. Wir machen keine Absprachen. Wir leisten keine Hilfe, keine Finanzierung für die Sowjetunion, gar nichts. Und ich war ein wenig überrascht. Gorbatschow war noch etwas überraschter. Er kam vom G-7-Gipfel in Houston zurück, nur um in jenem Sommer bei einem Putschversuch entführt zu werden.

Er kam mit leeren Händen zurück, und das war das Ende der Sowjetunion. Und das Ende von Gorbatschow und Jelzins Aufstieg. Und nur um fortzufahren, denn ich werde gleich im November zum aktuellen Zeitpunkt kommen. Im September 91 erhielt ich einen Anruf von Jegor Gaidar, der sagte, es werde ein unabhängiges Russland geben, kommen sie Russland helfen bei den Wirtschaftsreformen.

Also ging ich zurück nach Moskau in eine Datscha ausserhalb von Moskau. Eine ziemlich heruntergekommene Datscha, nebenbei bemerkt. Es war offensichtlich. Das war ein Imperium am Boden, und wir arbeite-

ten an einer Strategie. Damals, im November, kamen die Finanzdelegierten der G-7-Staaten in einer Mission unter der Leitung von David Mulford nach Moskau. Und Gaidar, ich habe ihn gecoacht. Ihr müsst um einen Schuldenstopp bitten, um finanzielle Hilfe, dies und das und das.

Und ich erinnere mich, dass er aus der Sitzung herauskam und schrecklich aussah, und ich sagte, was ist passiert, Jegor? **Er sagte, sie sagten nicht nur, dass sie keine Hilfe leisten, sondern sie sagten, wenn ihr nicht jeden fälligen Penny bezahlt, werden wir jegliche Hilfe auf dem Meer, jegliche Lebensmittellieferungen, alles in diesem Moment stoppen. Also wurde er mit einer harten Linie blockiert. Das war Russland, nicht die Sowjetunion.**

Das war, als Jelzin im November 1991 an die Macht kam. Nun, die Reformen liefen nicht gut in Russland. Sagen wir, ich habe zwei Jahre durchgehalten. Meine Aufgabe war es, zu versuchen, westliches Geld zu bekommen. Ich glaube, sie sahen in mir die einzige Chance, etwas Hilfe zu bekommen. Und ich habe null geliefert, nichts. Und ich konnte es nicht verstehen, denn alles was ich in Polen dem Gouverneur und dem stellvertretenden Gouverneur sagte, waren sie mit allem einverstanden.

Und ich habe immer gesagt, ich bin so gut. Und dann waren sie mit allem, was ich über Russland sagte, nicht einverstanden. Aber es war die gleiche Sache und der gleiche Ratschlag. Es ging also um Geopolitik, die ich als junger Mensch nicht verstand. Ich dachte, es ging um Wirtschaft, nicht um Geopolitik, aber sie spielten Geopolitik. Ich habe Wirtschaft gespielt. Und so habe ich versucht, gute wirtschaftliche Ratschläge zu geben.

Sie versuchten im Grunde, Russland einer neuen unipolaren amerikanischen Welt unterzuordnen. Das habe ich lange Zeit nicht verstanden. Ich bin zurückgetreten und war sehr unglücklich und habe mich dann mit vielen anderen Dingen beschäftigt, mit der UNO, der nachhaltigen Entwicklung, dem Klima und anderen Dingen, die wirklich wichtig sind, **aber bis heute liegt dieser geopolitische Schatten über der Welt. Die USA sind eine Welt, in der (wir gegen sie) kämpfen. Das ist die Mentalität. Wir regieren die Welt. Entweder du bist auf unserer Seite oder du stehst auf der anderen Seite. Und das ist eine sehr harte, falsche Sicht der Welt, denn alle Dinge, die wir in dieser Welt wirklich brauchen, müssen gemeinsam getan werden. Sie können nicht im Rahmen eines kalten Krieges erledigt werden.**

Die Klimakrise, die allgemeinen Umweltkrisen, die globalen sozialen Krisen sind keine Fragen des Kalten Krieges. Es sind globale Probleme. **Und deshalb brauchen wir eine völlig andere Denkweise als die, die wir derzeit haben. Meiner Erfahrung nach ist das grösste Problem, das wir haben, die Denkweise der USA, dass wir einen anderen Kampf führen. Wir kämpfen nicht gegen den Klimawandel, wir kämpfen nicht gegen die Armut, wir kämpfen gegen einen Feind. Heute ist der Feind vor allem China und Russland, aber es ist immer jemand auf der anderen Seite. Und damit habe ich jeden Tag zu kämpfen.** Die grösste Herausforderung mit der ich in meiner praktischen Arbeit, die ich zu fördern versuche, konfrontiert bin.

Englische Version

Harvard Economist Jeffrey Sachs Speech at Hungarian National Bank on December 20th, 2022

The full speech is on the YouTube channel of the Hungarian National Bank:
<https://www.youtube.com/watch?v=BZiPwtsre4>

Titel: Jeffrey D. Sachs: The Role of Sustainability Amidst Current Global Crises

The following are the unedited first 20 minutes of the speech:

And what a pleasure it is to be together. And I really hope we can have a dialog also so I can hear what's on your mind and questions and brainstorming together on the complexities of the world today, which is in a technical term, a mess. We're really with more crises, more confusion, more disagreements than I can recall during at least my professional career, which is now 42 years of professional work in economics.

Thank you for the reminiscences of 30 years ago. The start of the transformation. And I'll start back ten years before that just for a moment, because I studied economics in the 1970s and that was an era of stagflation as we have right now, high inflation and big shocks to output. And I thought that's a good thing to write a dissertation about.

So my dissertation in 1980 was on stagflation and supply shocks, and my first book was called *The Economics of Worldwide Stagflation* exactly 40 years ago this year. So I'm living a *deja vu* from 40 years ago because stagflation is back. So I've seen it before and it gives me some thought. I didn't want to see it again this way, like the stagflation of the 1970s, so many of the causes of our crisis are human made blunders and mistakes.

We've done it again, and we should really learn better from the past and the events of 30 years ago. Those early days of transformation also continue to have a big shadow on today in ways that I didn't expect because after I got involved with stagflation in the early 1980s, we had a terrible economic crisis worldwide in the 1980s, in the developing world and in Central and Eastern Europe.

Of course, big debt crisis that came in part from the end of that stagflationary period. You will recall that because of the high inflation in the early eighties or maybe you won't recall, it's ancient history. But at the time of the high inflation of the late seventies and early 1980s, after some failed attempts to control the inflation.

Finally, the United States got a new governor of our central bank, the Fed, who was two meters tall and smoked big cigars. Paul Volcker. And he put interest rates up to 20% in the US, which was unprecedented through a deep recession, ended the high inflation in the U.S., but created a debt crisis worldwide. That made my career.

I have to say thank goodness for Volcker and his big cigars because so many countries started to call and say, we have a big debt crisis. And in 1985, I went to Bolivia, which had a massive debt crisis and a hyperinflation as a result of the debt crisis, very classical. And so I helped them to end the hyperinflation, in part by repudiating the debt and that was an idea that I took from the 1920s and the 1930.

So it was history repeating itself. And in the twenties and thirties, the debt crises were ended in part through defaults or renegotiations or cancellations of the debts. Sometimes too late, sometimes only after World War Two. But in any event, I took those ideas and helped Bolivia cancel its debts and the inflation ended. And then in early 1989, I was called by an official in the Polish Embassy in Washington who came to Harvard and said, We also have a debt crisis.

Can you cancel our debt? And it was January 1989. And I said, I have to confess, I'm really on the side of solidarity. It's under Lech Walesa, he's under house arrest, and there's martial law. I can't really help you. And he said he understood and called me back four weeks later and said, we're going to eliminate martial law. Now, will you come?

That was not my doing. It was just the matter of timing. And so I arrived in Warsaw, April 4th, 1989, the day of the signing of the round table agreement between the government of President Jaruzelski and the Solidarity Movement. And I became an advisor to the government and to Solidarity for a couple of months. And then after the June four elections in Poland to the Solidarity movement alone.

And I'll say one one word about shock therapy, which is that they asked, What should we do? We're broke, we're bankrupt. It's hopeless. I said, It's easy. Your debts are going to be canceled, so don't worry about the debt. And they looked at me a little bit like I was crazy, which I probably was. But I was asked to write a plan for market and economy, and it was in the apartment flat of a wonderful Polish leader named Jacek Kuron, who went from jail to become the minister of Labor, and he was a close adviser to Lech Walesa.

And so one night I spent about 4 hours describing my idea of what a market economy reform would look like. And he didn't speak English. I didn't speak Polish. We had a translator. There was a lot of smoke, a lot of whiskey that he was drinking. And every few minutes he'd pound on the table. *Tak rozumiem! Tak rozumiem!* I understand.

And at the end of this, at about midnight, he said to me, okay, you have to write this now. We need this in a memo. And I said, of course, Mr. Kuron, I'm going back to the United States tomorrow night and I will send it to you by fax, at least within two weeks. No, tomorrow morning. It's midnight.

And so we went to a kindergarten room with the manager of the Gazette...(?). And they had a new IBM laptop, which was brand new at the time that the U.S. had given them. And I typed a memo all night, and at 7 a.m. gave it back to Kuron, how to make a market economy. So that was my all nighter of writing this.

If anyone's interested, I'd be happy to email it to you because many years later someone found it in the archives and sent it to me. So I actually have a copy of that all nighter, and that became the basis of the Balcerowicz Plan to an important extent, actually. **And the idea was to make the currency convertible and open the borders to trade right away.**

That was the basic idea. And to back it up with two core financial steps, one was a lot of aid and the key was something I recommended called the Polish Zloty Stabilization Fund, which was to give reserves for this new convertible currency. And the second was debt cancellation. And that theory became called the seven postcards theory, because the night that Mazowiecki came into power, there was a meeting of the OKP(?), which was the Polish, **the Solidarity members of Parliament, and they invited two speakers that night.**

Outside speakers. One was Senator Dole, who was the U.S. chief senator, and he was there representing President Bush. And they invited me to speak. And it worked out very well because Senator Dole spoke first and said the American people will do anything for the freedom of Poland. And then I stood up and I said, I agree with Senator Dole.

And that's why I'm sure that America will cancel all of Poland's debts. And so I said the way out of this is seven postcards, one to each of the G7 countries and tell them, thank you very much. But the Soviet era debts are gone. **And in the end, Poland got about 60% of its debts canceled.** The last step was Germany, because Germany was very resistant to canceling debt, as you can imagine.

And it took Balcerowicz, I sent Balcerowicz a copy of the 1953 London agreement between post Nazi Germany and the West, canceling the pre-World War two German debt and Balcerowicz handed it to Helmut Schmidt, who looked at it in the meeting and said, You know, you have a point. And I ended up Germany supported the cancellation of the debt also, not 100% as I wanted, 60%.

So that was the the origins of that. But it's worth all this reminiscing, I hope, to make a geopolitical point, which is that after that happened, I was asked by Grigory Yavlinsky, who was advisor to Gorbachev to help President Gorbachev in 1990. **And I believed that Gorbachev's idea, what he called the Common European home, was exactly the right idea for Europe and for the Soviet Union.**

This is before the end of the Soviet Union. But Gorbachev said we should have a democratic Soviet Union and it should be open, completely open and we should have a peaceful European home. In fact, that stretches from Rotterdam to Vladivostok. I loved Gorbachev. I thought he was a man of incredible integrity and decency, basically. Because he believed don't shoot people.

This was his most core belief. Don't shoot people. That was remarkable for a Soviet leader. And it was the greatest statesmanship of the age. And so he, as you know, and Hungary led the way in every way, opening the borders and showing the different path. **Gorbachev said we will dismantle the Warsaw Pact. And it happened at the time that Helmut Kohl and Hans-Dietrich Genscher and George Bush and James Baker said, whoa, that's good.**

That's big. If you do that, we won't move NATO one inch eastward. And so a deal was made in 1990. It's a very explicit deal. It's not just a conversation. It was actually a very deeply discussed and negotiated deal. So the deal was made. Warsaw Pact ended, NATO not moving at all. Germany reunified. And that was the deal.

And I believed in that deal and believed in Gorbachev. And I recommended that the Soviet Union also get financial help because it was in a state of collapse, a failed economic system, a disastrous social conditions. And Gorbachev, of course, had borrowed a lot short term in the mid 1980s to try to prop up the system. And all of that debt was coming due and oil prices had collapsed at the end of the 1980s.

So the Soviet Union was in a very sharp short term financial crisis. So with Yavlinsky and some of my colleagues at Harvard, we wrote a document which we called the Grand Bargain, which was that Gorbachev would continue the democratic reforms and the West would help the Soviet Union with this financial transformation so that the economic transformation could take place.

Interestingly, this was presented to the White House in April of 1991. It was based on the same principles as the Polish episode. It was completely rejected by the White House. We're making no bargains. We're giving no help, no financing for the Soviet Union, no nothing. And I was a little surprised. Gorbachev was

a little more surprised. He came back from the G-7 summit in Houston, only to be abducted and kidnaped in that attempted coup that summer.

He came back empty handed and that was the end of the Soviet Union. And the end of Gorbachev and Yeltsin's rise. And just to continue, because I'm going to come to the current moment in a moment in November. Now, in September of 91, I got a call from Jegor Gaidar, who said, there's going to be an independent Russia, come help Russia on the economic reforms.

So I went back to Moscow to a dacha outside of Moscow. Pretty run down dacha, by the way. It showed. This was an empire at the bottom, and we worked on a strategy. And at that time in November, the G-7 finance deputies had a mission led by David Mulford, to come to Moscow. And Gaidar, I coached him. You have to ask for a debt standstill financial help this, this, this and this.

And I remember, he came out of the meeting looking terrible, and I said, what happened, Jegor? **He said, not only did they say no help, but they said, if you don't pay every penny that's due, we will stop any help on the ocean, any food shipments, anything this moment. So he was given a complete hard line block. This was Russia, not the Soviet Union.**

This was Yeltsin coming to power in November 1991. Well, the reforms did not go well in Russia. Let's say I lasted two years. My role was to try to help get Western money. I think they saw me as the only chance to get some relief. And I delivered zero or nothing. And I couldn't understand it because in Poland I was saying to the governor and the deputy governor, everything I said, they agreed to.

And I kept saying, I'm so good. And then everything I said about Russia they disagreed with. But it was the same thing and same advice. So it was geopolitics, which I didn't understand as a young person. I thought we were doing economics, not geopolitics, but they were playing geopolitics. I was playing economics. And so I was trying to give good economic advice.

They were trying to basically make Russia subservient to a new unipolar American world. I did not understand that for a very long time. I resigned and was very unhappy and went to work on many other things with the UN and sustainable development and climate and other things that are really crucial, **but till today this geopolitical shadow also loomes over the world. The US is a us versus them world. This is the mentality. We run the world. You are with us or you are on the other side. And it is a very tough, wrong vision of the world, because all of the real things we need in this world, need to be done collaborately. They cannot be done under a cold war.**

The climate crises, the broader environmental crises, the global social crises are not cold war issues. They are global issues. And so we need a completely different mind set from the mind set we are having right now. **The biggest problem we are having, in my experience, is the US mind set, which is that we are fighting a different battle. We are not fighting against climate change, we are not fighting against poverty, we are fighting against an enemy. Today the enemy is China, mainly, and Russia, but it is always someone on the other side. And this is what I grapple with every day.** The biggest challenge that I face in the practical work that I am trying to promote.

Neue Memos entlarven geheime Abmachung zwischen den USA und Grossbritannien zur Verschleierung von COVID-Impfstoff-Nebenwirkungen

uncut-news.ch, Februar 17, 2023



«Warum sind wir in eine geheime Abmachung verwickelt, um Informationen über unerwünschte Ereignisse im Kontext der Impfstoffe geheim zu halten?» fragte Fitton.

Der Präsident von Judicial Watch, Tom Fitton, sagte, dass jüngste Dokumente, die die Überwachungsgruppe erhalten hat, zeigen, dass die Vereinigten Staaten in eine geheime Abmachung mit dem Vereinigten Königreich verwickelt waren, um Informationen über Nebenwirkungen des Impfstoffs COVID-19 vor der Öffentlichkeit geheim zu halten.

«Sie haben über Anaphylaxie-Reaktionen und unerwünschte Ereignisse im Kontext des Impfstoffes gesprochen», sagte Fitton in der Mittwochs Ausgabe der Fernsehsendung «Just the News, No Noise». «Sie tauschten Informationen mit ihren britischen Kollegen aus.»

Judicial Watch gab letzte Woche eine Pressemitteilung heraus, die auf die 57 Seiten der geschwärzten Dokumente verweist.

«Judicial Watch gab heute bekannt, dass sie 57 Seiten stark redigierter Unterlagen vom US-Gesundheitsministerium (HHS) erhalten hat, aus denen hervorgeht, dass nur zwei Tage vor der FDA-Zulassung des Impfstoffs COVID-19 von Pfizer-BioNTech eine Diskussion zwischen den Gesundheitsbehörden der USA und Grossbritanniens über die COVID-Spritze und «Anaphylaxie» stattfand, wobei die Aufsichtsbehörden ihre «gegenseitige Vertraulichkeitsvereinbarung» betonten», heisst es in der Presseerklärung.

Fitton sagte, die enthüllten Informationen seien gelinde gesagt beunruhigend.

«Warum lassen wir uns auf ein Geheimabkommen ein, um Informationen über unerwünschte Ereignisse im Zusammenhang mit den Impfstoffen geheim zu halten», fragte er. «Ich finde das einfach beunruhigend. Die Dokumente sprechen für sich selbst.»

Fitton fügte hinzu, dass dies nicht das erste Mal ist, dass so etwas passiert.

«Es ist nicht das erste Mal, dass wir so etwas sehen», sagte er. «Als COVID zum ersten Mal auftauchte, haben wir Dokumente aufgedeckt, die zeigen, dass es eine Vereinbarung mit den Chinesen gab, in der sie die Bedingungen für die Geheimhaltung und eine Vereinbarung im Austausch für unsere Fähigkeit, dorthin zu gehen, diktierten. Und es sieht so aus, als ob wir uns ansehen wollten, welche Informationen sie damals über das Virus hatten. Offensichtlich waren sie nicht sonderlich daran interessiert, das uns mitzuteilen.»

QUELLE: NEW MEMOS UNMASK SECRET DEAL BETWEEN US, BRITAIN TO HIDE COVID VACCINE ADVERSE EVENTS

Quelle: <https://uncutnews.ch/neue-memos-entlarven-geheime-abmachung-zwischen-den-usa-und-grossbritannien-zur-verschleierung-von-covid-impfstoff-nebenwirkungen/>

Neben Russland fordern nun auch China und Deutschland eine Untersuchung der Sabotage der Nord Stream 2-Pipeline und eine mögliche Verbindung zu Joe Biden. Video

uncut-news.ch, Februar 17, 2023

Sey Hersh liess vor einer Woche eine Bombe fallen, der Joe Biden mit der Sabotage der Nord Stream 2-Pipeline in Verbindung brachte. Die Pipeline wurde letzten Herbst in die Luft gesprengt und Hersh beschuldigte die Biden-Bande, dahinter zu stecken.



Einige Tage später äusserte sich Hersh zu seinem Bericht und verdoppelte seine Aussage. Die Menschen hören auf Hersh. Wie heute bei TGP berichtet, hat Russland den Bericht von Hersh gelesen und fordert die Vereinten Nationen auf, den Bericht zu prüfen.

Wenn Biden diese Pipeline gesprengt hat, dann könnte es sich um eine Kriegshandlung handeln, zu der nach der US-Verfassung nur der Kongress das Recht hat. Sollte dies der Fall sein, wäre dies ein Grund für ein sofortiges Amtsenthebungsverfahren. Bidens Reaktion ist schädlich für das Land. Der Ruf der USA unter Biden ist geschädigt. Dies ist ein weiterer Akt, der den USA und den Amerikanern schadet.

China und Deutschland fordern nun eine Untersuchung der Pipeline.

Laut RT berichtet China jetzt über die Behauptung von Hersh, dass Biden an der Sprengung der Pipeline beteiligt war.

Peking hat sich über die westlichen Mainstream-Medien lustig gemacht, weil sie offenbar nicht bereit sind, die jüngsten Behauptungen des mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichneten Journalisten Seymour Hersh zu untersuchen, wonach die USA für die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines im vergangenen Jahr verantwortlich seien.

Die Sabotage der Pipeline im vergangenen September hatte erhebliche wirtschaftliche und ökologische Auswirkungen und löste weltweit Besorgnis über die Sicherheit der grenzüberschreitenden Infrastruktur aus, sagte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, am Donnerstag während einer Pressekonferenz.

China und Russland sind nicht die einzigen Länder, die sich für den Vorfall interessieren. Auch ein deutscher Abgeordneter fordert eine Untersuchung der Angelegenheit:

Die Abgeordnete Sevim Dagdelen appelliert an die USA, hinter den Explosionen in der Nord Stream-Pipeline zu stehen.

Berlin dürfe die Einrichtung einer internationalen Untersuchung der Explosionen an der Nord Stream-Gaspipeline nicht behindern, sagte die Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen (Die Linke) am Dienstag.



Die ganze Welt will wissen, ob Biden hinter der Explosion von Nord Stream 2 steckt. Das ist wirklich schrecklich für die USA.

NATO gegen BRICS, das nukleare Armageddon!

uncut-news.ch, Februar 16, 2023

Die Menschheit ist an einem Punkt angelangt, an dem sie nichts mehr für selbstverständlich halten will – Verhandlungen, Diplomatie, Zurückhaltung, all das wird heute durch Drohungen, Militärschläge, Sabotage und Kriegsvorbereitungen ersetzt. Es scheint, dass heute mehr von Krieg die Rede ist als in den 1930er-Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg. Ist das wirklich gewollt? Ist die Rüstungsindustrie dazu übergegangen, die Politik und die Richtung zu diktieren, die die Welt vernichten soll? Wie sehr wir auch versuchen, mit «Nein, unmöglich!» zu antworten, die Realität widerlegt jedes Argument, das wir für den Frieden vorbringen. Und wenn wir von der Realität sprechen, sollten wir nicht nur auf die Mini-Schlacht in der Ukraine schauen, in der, der Slawenstreit ausgebrochen ist.



BRICS ist im Begriff, (auch) ein Militärbündnis zu werden!

Lassen Sie das Schicksal von Bahmut beiseite und lesen Sie hier, was Putin und seine Verbündeten in diesen Tagen tun, Manöver, über die im Mainstream kein Wort verloren wird.

«Operation Mosi», mehr als militärische Ausbildung (Südafrika nimmt an Marineübungen mit BRICS-Mitgliedern, Russland und China teil; Argentinien wartet darauf, dem Block beizutreten Quelle)

BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) ist der Albtraum des tripolaren Systems, das im Augenblick die Weltwirtschaft steuert und das aus den Vereinigten Staaten, Europa und Japan besteht.

Was bedeuten die BRICS in nur 4 Punkten?

27% der Erdoberfläche (40 Millionen Quadratkilometer) und reichhaltige natürliche Ressourcen;

40% der Weltbevölkerung und eine grosse Zahl junger Arbeitskräfte;

25% des weltweiten BIP werden von den fünf Mitgliedsländern erwirtschaftet;

50% des Welthandelsmarktes.

Bis in jüngster Vergangenheit war bekannt, dass die BRICS nur wirtschaftliche Absichten haben, doch am 23. Juni 2022, auf dem letzten Gipfel, an dem auch Wladimir Putin teilnahm, griff Chinas Staatschef Xi Jinping an: «Einige Länder streben nach absoluter Sicherheit, indem sie ihre Militärbündnisse ausbauen und in grossem Umfang Eigenständigkeit praktizieren und die Rechte und Interessen anderer Staaten ignorieren. Wenn diese gefährliche Dynamik anhält, wird die Welt noch unruhiger und instabiler werden. Peking sandte eine Botschaft an die NATO, doch die «Atlantiker» antworteten mit einem noch provokanteren Schritt: Sie luden Schweden und Finnland ein, sich ihnen anzuschliessen!

In diesen Tagen findet in Südafrika eine militärische Grossübung statt, an der auch China und Russland teilnehmen: Mosi («Smoke» im Tswana-Dialekt, einer der elf Amtssprachen Südafrikas) fällt mit den Feierlichkeiten zum Tag der südafrikanischen Streitkräfte zusammen, die in Richards Bay stattfinden werden. Moskau hat eine Fregatte und andere Kriegsschiffe in das Gebiet entsandt, China nimmt mit Kampffjets und Zerstörern teil, um einige der «Elemente», die an dieser Militärübung teilnehmen, kurz zu überprüfen.

Auf diplomatischer Ebene hat Sergej Lawrow gerade eine Afrikareise abgeschlossen und bei seiner Ankunft in Kapstadt folgende Bilanz gezogen: «Wir haben uns über die Lösung von Konflikten auf dem afrikanischen Kontinent ausgetauscht, einschliesslich der Region der Grossen Seen, der Zentralafrikanischen Republik, des Südsudans, Malis und des nördlichen Mosambiks. Die internationale Gemeinschaft muss die von den afrikanischen Ländern selbst gewählten Lösungsmodalitäten unterstützen, auch im Rahmen der Afrikanischen Union und ihrer regionalen Organisationen.»

Der Iran klopft an die Tür: Was Teheran anbietet

Der Iran gehört nicht zu den BRICS-Staaten, aber er möchte gerne aufgenommen werden. Aus Quellen des US-Militärgeheimdienstes geht hervor, dass die Führung in Teheran in diesen Tagen versucht, Peking davon zu überzeugen, dass es sich verdient hat, in das Bündnis aufgenommen zu werden.

Den Amerikanern zufolge ist die iranische Führung nach China gereist und hat in Gesprächen mit Xi Jinping ein unabweisbares Angebot auf den Tisch gelegt: Zugang zur UAV-Technologie (iranische Drohne)! Die von den Russen in der Ukraine getesteten iranischen Drohnen haben sich bewährt, und Teheran ist bereit, sein Know-how mit chinesischen und russischen Partnern zu teilen. Der Iran hat bereits ein Abkommen mit Russland über die Coproduktion von 6000 Hightech-Drohnen unterzeichnet, die nicht nur für den Krieg in der Ukraine eingesetzt werden sollen; die Perser bereiten sich auf eine mögliche US-israelische Militäroffensive vor, die in aller Munde ist.

Die Beschleunigung der pro-östlichen Ausrichtung der iranischen Aussenpolitik wurde im engen Kreis der Berater des Obersten Führers Ayatollah Ali Khomeini entwickelt.

BRICS-Militärkräfte

In dem Moment, in dem die BRICS ihren Schritt hin zu einem Militärbündnis bekannt geben, hätten wir den weltweit stärksten Block.

Die BRICS verfügen über die meisten Atomwaffen (Russland, China und Indien), mehr als die vier NATO-Staaten, die über die Atombombe verfügen (die USA, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Israel, mit einem Arsenal von insgesamt rund 6155 Sprengköpfen). Damit Sie sich ein klares Bild von dem Arsenal machen können, über das wir hier sprechen, verfügt allein die Russische Föderation über mehr Atom-sprengköpfe als die gesamte NATO!

Aber BRICS ist mehr als das, und wir sprechen nicht unbedingt von militärischer Macht. Schliesslich ist wirtschaftliche Stärke auch eine Waffe, nicht wahr? Indien beispielsweise ist für die Herstellung und Entwicklung von Arzneimitteln unverzichtbar, Russland für Energieexporte (Öl, Gas, Kohle, Uran), China für einen erheblichen Teil der westlichen Produktion, Brasilien und Südafrika für Öl und Mineralien.

QUELLE: NATO VS BRICS, ARMAGHEDONUL NUCLEAR!>

Quelle: <https://uncutnews.ch/nato-gegen-brics-das-nukleare-armageddon/>

Wir brauchen einen riesigen Aufstand gegen die Kriegsmaschine

Rick Sterling, 19. Februar:

Wir müssen dringend eine Massenmobilisierung der Antikriegsbewegung in Nordamerika entfachen. In den letzten Monaten hat es gute Antikriegsdemonstrationen gegeben, aber sie waren sehr begrenzt. Wir müssen sie schnell verzehnfachen.

Die Initiative «Rage Against the War Machine» am 19. Februar, die von einer vielfältigen Gruppe von Antikriegskräften organisiert wird, könnte genau das tun. Die Forderungen und die gesamte Rednerliste sind sehr gut.

Zum Beispiel lautet Forderung 1: «Keinen weiteren Penny für den Krieg in der Ukraine.» Sie erklären: «Die Demokraten und Republikaner haben die Ukraine mit zig Milliarden Dollar an Waffen und Militärhilfe ausgerüstet. Der Krieg hat Zehntausende von Menschen getötet, Millionen vertrieben und treibt uns in Richtung eines nuklearen Dritten Weltkriegs. Stellt die Finanzierung des Krieges ein.»

Forderung 2 lautet «Frieden verhandeln.» Sie erklären: «Die USA haben den Krieg in der Ukraine mit einem Putsch gegen die demokratisch gewählte Regierung im Jahr 2014 angezettelt und dann ein Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine im März sabotiert. Setzen Sie sich für einen sofortigen Waffenstillstand und Diplomatie zur Beendigung des Krieges ein.»

Die Rednerliste enthält viele wortgewaltige Stimmen für den Frieden und gegen eine militaristische Aussenpolitik. Darunter sind ehemalige Kongressabgeordnete wie Cynthia McKinney, Tulsi Gabbard, Dennis Kucinich und Ron Paul. Es gibt Friedensaktivisten wie Anne Wright und David Swanson. Es gibt Journalisten wie Chris Hedges, Garland Nixon, Scott Horton, Max Blumenthal und Kim Iversen. Die ehemalige Kandidatin der Grünen Partei, Dr. Jill Stein, wird anwesend sein. Ebenso Dan McKnight von der Veteranengruppe «Bring our troops home». Und es gibt noch viele weitere Redner.

Die meisten Befürworter der Kundgebung sind der Meinung, dass es wichtig ist, die Bewegung zu verbreitern, und das bedeutet, sich mit anderen zu verbünden, die vielleicht andere Ansichten zu anderen Themen haben.

Der Schwerpunkt der Rage-Kundgebung liegt auf der Beendigung des Ukraine-Kriegs, der Auflösung der NATO und dem Stoppen des Abgleitens in ein nukleares Armageddon. Hätten sie auch andere Themen wie Abtreibung, Rechte von Transsexuellen, Rechte von Homosexuellen und Immigranten einbeziehen sollen? Ich habe bei der Organisation von Kundgebungen geholfen, bei denen diese Themen einbezogen wurden, halte es aber für einen Fehler, darauf zu bestehen. Die Antikriegsbewegung muss schnell weit über die Linke hinausgehen. Das bedeutet, dass wir unseren Aktionsradius erheblich erweitern und uns mit Leuten zusammenschliessen müssen, die in anderen Fragen anders denken.

Das kapitalistische System ist flexibel. Dass Frauen, farbige Menschen und Personen, die dem Geschlecht nicht entsprechen, in Schlüsselpositionen sitzen, bedroht das System nicht. Die Kriegsmaschinerie läuft weiter, ebenso wie die groteske Einkommensungleichheit, die grosse Armut und der institutionelle Rassismus.

Um die Kriegsmaschinerie herauszufordern, brauchen wir eine Massenbewegung, die breit und inklusiv ist. Es sollte nicht erforderlich sein, sich in allen Fragen einig zu sein. Diese Forderung zu erheben und jeden, der ihr nicht zustimmt, von der Plattform zu nehmen, ist kontraproduktiv. Es schwächt die Antikriegsbewegung und hält uns isoliert.

Wir müssen unsere gemeinsame Sache voranbringen, indem wir mit Menschen zusammenarbeiten, die in einigen Fragen anders denken. Wir können wahrscheinlich von ihnen lernen, während sie von uns lernen. Die herrschende Elite ist zufrieden, wenn die Masse der arbeitenden Menschen gespalten ist und über rassische, kulturelle und soziale Fragen streitet. Was die herrschende Elite bedroht, ist die Möglichkeit einer Massenbewegung, die eine Änderung der US-Aussenpolitik der Aggression, Sanktionen und Kriege fordert.

Was die herrschende Klasse bedroht, sind Forderungen nach einer Verbesserung des Lebens aller arbeitenden Menschen.

Die Forderung der Occupy-Bewegung, die 99% gegen die 1% zu unterstützen, war klar, präzise und vereinigend. In ähnlicher Weise hat die Forderung nach einer Änderung der US-Aussenpolitik und einer drastischen Reduzierung des Militärhaushalts das Potenzial, eine breite Mehrheit der Amerikaner anzusprechen. Das derzeitige Abgleiten in einen katastrophalen Krieg zwischen den USA und Russland macht es dringend erforderlich, eine breite Bewegung gegen Militarismus und Kriegsmaschinerie aufzubauen.

Wir brauchen eine Wiederbelebung der Energie und des Aktivismus im ganzen Land. Lassen Sie uns «Rage Against the War Machine» an diesem Wochenende so gross und erfolgreich wie möglich machen und in den kommenden Monaten noch mehr tun.

erschienen am 16. Februar 2023 auf > Antiwar.com

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2023_02_16_19februar.htm

Wie wir den kommenden Krieg mit Russland verhindern können

Ron Paul

In diesem Frühjahr vor zwanzig Jahren gelang es der US-Regierung endlich, uns in einen Krieg mit dem Irak hineinzulügen. Eine Regierung nach der anderen hatte das Land sanktioniert, bombardiert und sogar überfallen, aber schliesslich startete die Bush-Regierung nächsten Monat vor 20 Jahren «Schock und Ehrfurcht», um ein Land platt zu machen, das die Vereinigten Staaten nicht bedrohte und nicht bedrohen konnte.

Nach acht Jahren Kampf im Irak starben vielleicht eine Million unschuldiger Menschen direkt oder indirekt durch Washingtons Aggression. Niemand wurde wegen der Lügen und der Zerstörung vor ein Tribunal gestellt. Niemand hat sich auch nur entschuldigt. Washingtons damalige Marionette Ahmed Chalabi wischte die Lügen über die irakischen Massenvernichtungswaffen beiseite, indem er verkündete, die Kriegsbefürworter seien «Helden im Irrtum». Sie hatten ihren Regimewechsel und das war alles, was sie interessierte.

Die Propagandamaschine, die den Irak-Krieg vorantrieb, schien damals überwältigend zu sein. Zu dieser Zeit begannen mehrere Kongresskollegen, über die Parteigrenzen hinweg zu kommunizieren, um nach Wegen zu suchen, den Krieg zu stoppen. Von Konservativen wie dem verstorbenen Abgeordneten Walter Jones und dem Abgeordneten John Duncan bis hin zu Progressiven wie dem Abgeordneten Dennis Kucinich und dem Abgeordneten Jim McGovern und vielen anderen begannen wir, uns zu organisieren und Strategien zu entwickeln.

Ein Instrument, das wir zu unserem Vorteil nutzten, war die Idee einer «unwahrscheinlichen» Koalition aus Linken und Rechten, die sich zusammenschliessen, um den Krieg abzulehnen. Die Medien waren vielleicht nicht an unseren Antikriegsansichten interessiert, aber sie konnten nicht anders, als diese «Mann beisst Hund»-Geschichte zu präsentieren. Immer wieder hielt diese «unwahrscheinliche» Gruppe Pressekonferenzen ab, brachte verschiedene legislative Instrumente ein und kommunizierte hinter den Kulissen, um zu versuchen, die Bewegung gegen den Irakkrieg zu vergrössern.

Mit der Wahl von Barack Obama 2008, der als Antikriegskandidat antrat, dann aber zahlreiche militärische Angriffe im Ausland startete, brach diese alte Koalition leider auseinander. Einige Progressive entschuldigten Obamas Militarismus und verloren das Interesse an einer Zusammenarbeit mit den Konservativen. Einige Konservative wurden von ihrer persönlichen Abneigung gegen Obama getrieben und verloren das Ziel aus den Augen.

Jetzt, wo wir uns mit der einst unvorstellbaren Aussicht auf einen direkten militärischen Konflikt mit dem atomar bewaffneten Russland wegen der Ukraine konfrontiert sehen, erwacht plötzlich eine neue Links-Rechts-Koalition aus ihrem langen Schlummer. Diesen Sonntag, den 19. Februar, wird sich eine breite und sehr unterschiedliche Gruppe in Washington, DC, am Lincoln Memorial versammeln, um Washingtons Schlafwandeln in den Dritten Weltkrieg anzuprangern.

Die «Rage Against The War Machine»-Kundgebung verspricht, die erste grosse Kundgebung gegen die aggressive Kriegslobby in Washington seit vielen Jahren zu werden. Ich freue mich darauf, die Bühne mit meinen guten Freunden und ehemaligen Kollegen im Repräsentantenhaus, Dennis Kucinich und Tulsi Gabbard, sowie mit meinem guten Freund und libertären Kollegen, Richter Andrew Napolitano, und vielen weiteren Rednern aus einem breiten politischen Spektrum zu teilen.

Viele von uns haben mit Besorgnis beobachtet, wie die Regierung Biden – mit der begeisterten Unterstützung vieler Republikaner im Kongress – ihr Engagement im Russland/Ukraine-Konflikt immer weiter eskaliert hat und nun gefährlich nahe an einem direkten, heissen Krieg mit der grössten nuklearen Supermacht der Welt steht.

Wie konnte es so weit kommen? Wo sind die vernünftigen Stimmen und die kühleren Köpfe? Gerade als es schien, dass sie nirgendwo zu finden sind, sind wir hier! Ich hoffe, dass so viele Menschen wie möglich sich

uns anschliessen und sich weiterhin für diese wichtige Sache einsetzen. Wir müssen uns zusammenschliessen, solange wir noch können. Kein Krieg mit Russland!

erschieden am 13. Februar 2023 auf > Ron Paul Institute for Peace and Prosperity

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2023_02_14_wiewir.htm

Krampf für Frieden und Freiheit ... oder das Gegenteil

13. Februar 2023 Peter A. Weber Fäuleton, Krieg, Meinung 27

Der Krampf um «Frieden und Freiheit» in Europa wird mit harten Bandagen und ohne Rücksicht auf Verluste geführt. Die Deutungshoheit dafür obliegt selbstredend dem Papst der NATO-Sekte in Washington, welche ihm seine gläubigen Vasallen in Europa von den Lippen ablesen. Jegliche Abweichung kommt einer Ketzerei gleich, ruft die Inquisition auf den Plan oder wird mindestens mit sofortiger Exkommunikation bestraft. Ganz wichtig dabei ist es, das Feindbild niemals aus den Augen zu verlieren.



Selensky, der Statthalter der USA und zugleich Friedens-Freiheitsfürst der Ukraine, war mal wieder zum Hausieren in Brüssel und wurde dort mit Handkuss und liebevoller Umarmung begrüsst. Das Titelfoto spricht Bände. Die ARD und die Tagesschau haben das Jahrhundertereignis gebührend gewürdigt. Holger Beckmann vom ARD-Studio Brüssel hat sich überschwänglich dazu geäussert:

Selensky in Brüssel – ein Kampf für Frieden und Freiheit

In Brüssel beschwört der ukrainische Präsident Selensky mal wieder den Kampf gegen die «grösste anti-europäische Macht». Er fordert mehr Waffen und will sich bei der EU einschleimen. Doch die Reaktionen machen klar: Der Weg zum Beitritt ist für die Ukraine noch lang. Vielleicht riechen die EU-Chargen doch irgendwie den vergifteten Braten, der ihnen von ihrem uneigennütigen Gönner jenseits des grossen Teiches mit der Ukraine serviert wird. Wenn Selensky in der westlichen Welt unterwegs ist und auf die politischen Verantwortlichen trifft, dann nimmt das langsam wegen seiner eingeübten obligatorischen Beschwörungsformeln den Charakter einer spiritualistischen Sitzung an.

Mit seiner Schauspielerausbildung macht er die Nummer mit links. Nach seinen Besuchen in London und Paris ist das Treffen mit Michel und von der Leyen eine weitere Gelegenheit, um zu unterstreichen, worauf es ihm und «seinem» Land ankommt: auf die weitere Unterstützung durch die EU – bedingungslos und bis zum St. Nimmerleinstag. Selbstverständlich mit allen dazugehörigen Konsequenzen: militärisch, finanziell und vor allen Dingen moralisch. Da lachen doch die Hühner: Habe ich da «MORALISCH» gelesen?

Wahrheitsverdreher am Werk

Man muss sich den Wortlaut der sog. Analyse des Selensky-Fans Beckmann anschauen:

«Schon in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament liess Selensky keinen Zweifel daran, worum es aus seiner Sicht bei diesem Krieg geht: Nämlich um einen Kampf gegen die grösste anti-europäische Macht der Moderne, die auf die Zerstörung der, wie er es formulierte, «ukrainisch-europäischen Lebensweise» setze. Dagegen kämpften die Ukrainer auf dem Schlachtfeld gemeinsam mit den Menschen in Europa – ein historischer Kampf. Selensky sprach in dem Zusammenhang auch von einem totalen Krieg.»

Eigentlich müsste ich sprachlos werden ob solcher Wahrheitsverdrehungen. Ich kann nicht anders, als sie nochmals hervorzuheben, wenn die Rede ist von:

«der grössten anti-europäische Macht der Moderne» (nein, er meint nicht die USA)

Zerstörung der «ukrainisch-europäischen Lebensweise» (diese Existenz war mir bislang völlig unbekannt)

«einem historischen Kampf» (kleiner geht nicht mehr)

Weiter im Text mit dem EU-Ratspräsidenten Charles Michel, der ebenfalls ein Prophet und Demagoge der «wahren Werte» ist. Er betonte die grosse Einigkeit der Europäer in der Ukraine-Politik. Es gebe viel Geschlossenheit, weil man die Menschen dort unterstützen wolle, die sich für den Widerstand entschieden hätten. Und dafür, die Werte zu verteidigen, die auch für Europa das Fundament seien: Freiheit, Demokratie und die Würde jeder und jedes Einzelnen.

Frage:

Wie soll denn das funktionieren? Indem man Geschlossenheit zeigt mit einem, der sich entschieden hat, den Widerstand gegen die Demokratie, Freiheitsrechte und Menschenwürde zum Prinzip zu erheben und

auf alles zu treten, was dem ukrainischen Volk nutzt? Hat sich überhaupt mal jemand von den geschwätzigen Wichtigtuern die Frage gestellt, wer denn eigentlich von wem befreit werden soll? Gab es dazu eine Volksbefragung? Ja in der Tat – auf der Krim und in den frisch von Russland übernommenen Teilen der Ukraine schon!

Der Führer ruft zu den Waffen – und alle müssen ihm folgen

Dann wollen wir doch endlich mal den selbsternannten Oberbefehlshaber des Verschwörungskrieges Selensky zu Worte kommen lassen. Klingt es nicht überzeugend, frech und dreist wenn er sein «Recht» auf Massenvernichtungswaffen einfordert:

Die Ukraine brauche Munition, moderne Panzer, Langstreckenraketen und Kampfflugzeuge. «Ich habe nicht das Recht, einfach nicht das Recht, in dieser Frage ohne Resultat nach Kiew zurückzukehren. Für unsere Verteidigungsfähigkeit und für mich selbst ist das von entscheidender Bedeutung. Das mag penetrant erscheinen, aber für uns ist das einfach pragmatisch – und nicht zynisch», sagte Selenskyj. Er ergänzte noch, dass man diese Waffen brauche, um zu überleben.

Diese verkrachte Existenz aus der Mottenkiste der Komikerkaste masst sich die Hybris und Chuzpe an, sich in Selbstüberheblichkeit das Recht zu verleihen, von aller Welt Milliardenhilfen und Vernichtungswaffen für lau einzufordern. Und nur damit er den braven Erfüllungsgehilfen von Uncle Sam spielen kann, um die Ukraine zu deindustrialisieren und seine Bevölkerung zu dezimieren? Und damit den USA mit der Opferung der Ukraine das Einfallstor zur Ausplünderung Russlands zu öffnen? Wie lange kann ein solcher Irrer und Psychopath sich noch in der frischen Luft halten, ohne ohne Bewährung eingebunkert zu werden?

Abgehalfterte Militärs erklären uns, wie man die Welt am schnellsten in Schutt und Asche legen kann

Auf NTV habe ich noch den Senf eines abgehalfterten US-Generals gefunden, den er uns bei einem Interview mit der Deutschen Welle zu besagtem Thema aufs Butterbrot geschmiert hat. Er will uns zeigen, wie es funktioniert, die Welt schnellstens in Schutt und Asche zu legen. Denn die einfachsten Lösungen sind immer die effektivsten, das weiss doch schliesslich jeder! Man brauche der Ukraine nur Kampffjets zur Verfügung zu stellen – und wie von Zauberhand wäre bereits Ende dieses Jahres ein ukrainischer Sieg zu feiern. Ja, der Einfältigkeit sind keine Grenzen gesetzt.

Zitate des Drecksperten von einfachen Lösungen:

«Drei bis fünf Jahre: So lange könnte der Krieg noch gehen, wenn die Ukraine nicht bald zusätzliche Unterstützung aus dem Westen erhält, sagt der ehemalige US-General, Bed Hodges. Mit Kampffjets bestünde aber die Möglichkeit, schon Ende des Jahres einen ukrainischen Sieg zu verkünden.

Wenn die Ukraine gegen Russland gewinnen wolle, brauche das Land unbedingt Kampffjets, sagt der ehemalige US-General Ben Hodges in einem Interview mit der «Deutschen Welle» (DW). Kämpfe die Ukraine mit der derzeitigen Unterstützung des Westens weiter, würde ein Sieg gegen Russland drei bis fünf Jahre dauern. Mit zusätzlicher Unterstützung könnte die Ukraine schon Ende des Jahres die russischen Streitkräfte aus ihrem Gebiet vertreiben, so Hodges gegenüber der Zeitung.»

«Je früher wir die Ukraine in die Lage versetzen, ein entscheidendes Ergebnis zu erzielen, desto früher könnte der Krieg zu Ende sein», sagte Hodges der DW. Die einzige «rote Linie», die für Washington wichtig sei, sei der Einsatz von Bodentruppen. Auch Bedenken hinsichtlich der Ausbildung und der Kompatibilität der Landebahnen würden es nicht unmöglich machen, Kiew die «Fähigkeit» zum Einsatz von Kampfpanzern zu geben.»

Dazu fällt mir nur noch eine lakonische Bemerkung ein: TSCHINGDERASSA-BUM. Dann folgt der Grosse Zapfenstreich anlässlich der Welt-Beerdigung.

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/bruessel-selenskyj-101.html>

<https://www.n-tv.de/politik/Ehemaliger-US-General-Ukraine-braucht-Kampffjets-article23909899.html>

Quelle: <https://qpress.de/2023/02/13/krampf-fuer-frieden-freiheit-oder-gegenteil/>

Deutsche Leiden schafft: «Genozid und Vertreibung»

10. Februar 2023 WiKa Fäuleton, Geschichte, Hintergrund, kurz ❀krass, Meinung16

Deutsche Leiden schafft Genozid und VertreibungBRDigung: Man mag es kaum glauben, aber der Titel entspricht tatsächlich der erlebten Realität in dieser von «Geschichtsdemenz» geplagten Bundesrepublik Deutschland. Entweder sind die Verantwortlichen zu jung und ungebildet oder im noch schlimmeren Fall einfach nur kriegsgeil und mordlüstern. Eigentlich sollten die Themen «Genozid und Vertreibung» gerade den Deutschen mehr als vertraut sein, mit der Konsequenz sich hier besser fernzuhalten. Wie dieses verin-

nerlicht geglaubte Wissen binnen weniger Jahre so radikal ausgemerzt werden konnte, bleibt ein Betrübungsgeheimnis moderner Propaganda.



Jetzt der Reihe nach. Wie kommt man zu so einer bössartigen Einschätzung, was den mentalen Zustand der deutschen Mehrheitsgesellschaft anbelangt? Ganz einfach, weil sich niemand mehr die Mühe macht bestimmte Dinge bis zum Ende zu durchdenken. Aktuell geht es nur noch darum mehr Waffen und Geld in die Ukraine zu pumpen, damit dort eine unter Kriegsrecht agierende Diktatur die Vorstellungen des Wertewestens von Demokratie und Freiheit gegen Russland durchbomben kann. Noch genauer: Es geht darum den USA auf Kosten der EU und NATO-Länder einen lästigen Konkurrenten vom Halse zu schaffen. Und wenn die Ziele so edel sind, dürfen Völkermord und Vertreibung auch Bestandteil einer angestrebten Lösung sein.

Wie jetzt?

Deutsche Leiden schafft Genozid und Vertreibung. Wer genau hingehört hat, der weiss, dass die USA diesen Kriege nicht verlieren dürfen. Deshalb wird seit Anbeginn des Krieges in der Ukraine kolportiert, dass die Ukraine siegen muss und wird. Zu Ende gedacht heisst das, die Ukraine holt sich alle bislang von Russland vereinnahmten Gebiete zurück. Im Idealfall vernichtet die Ukraine Russland noch eben «on the fly» und stösst ostwärts durch bis nach Alaska, um sich dort mit den «allerbesten Freuden» zu treffen und das Bärenfell zu verteilen.

Sowas geht für gewöhnlich in jedem schmalztriefenden Hollywoodfilm wenn noch irgendwo ein «Diener des Volkes» hinzukommt. Realisten sprechen lieber von einer Utopie. Aber genau diese Utopie ist derzeit die harte Grundlage der EU-, NATO, US- und BRD-Politik. Man kann es jeden Tag in den Medien nachverfolgen. OK, folgen wir dieser Saga und der bereits sichtbaren Blutspur, wonach die Ukraine alsbald die Welt beherrschen wird ... hmm, vielmehr die USA, mit ihrer Hand- und Sprechpuppe namens «Ukraine». Und wenn es nicht die Welt wird, dann sollen zumindest die östlichen Teile der Ukraine, einschliesslich der Krim heim ins Reich geholt werden. Und was genau bedeutet das dann? Es bedeutet Völkermord und Vertreibung.

Ukrainer, die ethnische Russen sind, müssen dann wie bereits seit 2014 massakriert und vertrieben werden. Niemand sollte glauben, dass russischstämmige Ukrainer (oder originäre Russen) nach einem Sieg der Ukraine in diesen Gebieten eine Zukunft oder gar Überlebenschance hätten. Für den Fall des Gesamtsieges der Ukraine unter der jetzigen Führung wären weitere 140 Mio. Russen von Genozid und/oder Vertreibung betroffen. Jede andere Annahme wäre überkommene Friedensduselei der Grünen vor ihrem Sündenfall.

Wird diese Entwicklung hierzulande jemanden stören? Sicher nicht, denn das alles wird ja ausschliesslich für die «Verteidigung der westlichen Werte» unternommen, nachdem es Konsens ist, dass Russland keine Interessen zu haben haben. Inzwischen hat man offiziell zugegeben, dass Minsk II nichts anderes als eine üble Kriegslist war, um die Ukraine zwischendurch aufzurüsten und das «Russenschlachten» in der Ost-Ukraine nicht unterbrechen zu müssen.

Letzteres wurde erst durch den russischen Einmarsch in diese Gebiete (Feb. 2022) zu einem paritätischen Schlachten umfunktioniert. Das erst war der willkommene Anlass und Vorwand für den Wertewesten sich nun richtig zu engagieren. Genau dort wollte man den russischen Bären sehen, um seine Bössartigkeit nunmehr öffentlich zur Schau stellen zu können.

Der Endsieg der Ukraine bedeutet Völkermord und Vertreibung

Da wir in diesen Dingen selbstverständlich vollends solidarisch mit der Ukraine sind und nicht zuletzt deshalb dieses Mordgeschäft finanzieren und ausrüsten, sollten wir uns also auch über die Konsequenzen des angestrebten Sieges der Ukraine im Klaren sein, oder etwa nicht? Da all unser Streben derzeit dem

Umstand gilt, sicherzustellen, dass Russen und Ukrainer nie wieder gemeinsam an einem Tisch sitzen können sollten, haben wir noch ein wenig Zersetzungsarbeit vor uns.

Parallel dazu müssen wir als Deutsche ebenfalls sicherstellen, dass wir uns zukünftig nie wieder mit den Russen vertragen oder gar gemeinsame Geschäfte machen. Das sind wir unseren besten Freuden aus Übersee schuldig, die dazu nun wirklich keine Intrige ausgelassen haben. Die sich immer liebevoll darum bemüht haben, dass wir ganz schnell CO₂-neutral werden und ja keine relativ saubere Energie aus Russland beziehen. Offenbar haben sie dafür sogar die Sprengung der Nordstream Röhren auf sich genommen. So viel Selbstlosigkeit kann man nicht von allen Freunden erwarten.


Damit schützen wir die US-Wirtschaft und renaturieren ganz Europa in einem atemberaubenden Tempo. Und wer so hochtrabende Ziele hat, der kann/muss auch ein wenig Genozid und Vertreibung für die «höheren Ideale» wegstecken. Am Ende sind es ja «nur Russen», die gemäss der Erkenntnis einiger unserer ukrainischen Freunde «Untermenschen» sind. Gerade wir Deutschen wissen aus eigener Historie wie dann zu verfahren ist. Selbst hier ist an einigen Stellen die Freude gross, dass ausgerechnet in der Ukraine besagte «deutschen Werte» aus dem tausendjährigen Reich so hochgehalten werden.

Wenn mal wieder der «Tag der Abrechnung» kommt, können sich unsere Politiker darauf berufen, dass sie die Zusammenhänge nicht hätten erkennen können, weil dazu eine Grundschulbildung erforderlich gewesen wäre. Folgt man der hiesigen Propaganda, dann sind auch Kollateralschäden, wie Genozid und Vertreibung kollektive Ziele Deutschlands, vornehmlich vertreten und exekutiert von einer schaltgestörten und wirklichkeitsbezugsbefreiten Ampel. Tja, wer hätte das alles im Eifer des Gefechts nur überschauen sollen?

Quelle: <https://qpress.de/2023/02/10/deutsche-leiden-schafft-genozid-vertreibung/>

Die Wahrheit kommt ans Licht

Pressemeldung vom 23.2.2023.



WELT+ CORONA-IMPFSCHÄDEN

„Ich habe Regierung und Hersteller vertraut, dass es keine großen Risiken gibt“

Mehr als 333.000 Bundesbürger haben nach einer Corona-Impfung gesundheitliche Schäden gemeldet. Eine von ihnen ist Alina Adams. Ihr Leidensweg begann nach der Booster-Spritze. Ihr Kampf um Entschädigungen gleicht einem Spießrutenlauf. Doch jetzt werden die Stimmen der Unterstützer lauter.

Die Wahrheit kommt ans Licht;

wie schon lange vorher von der FIGU beschrieben wurde, siehe:

<https://www.figu.org/ch/index/downloads/coronavirus>

Achim Wolf, Deutschland

Eilmeldung: Eine Nano-Sekunde vor Mitternacht

uncut-news.ch, Februar 23, 2023, Paul Craig Roberts

Das Hauptaugenmerk des inkompetenten Biden-Regimes liegt auf der Dämonisierung und Kriminalisierung weisser Amerikaner, die keine «Woke Democrats» sind, und auf der Verschärfung der Spannungen mit Russland, die bereits gefährlicher sind als während der Kuba-Krise. Die verrückte jüdische Kriegstreiberin Victoria Nuland, die Biden dummerweise zur Unterstaatssekretärin ernannt und vom Senat bestätigt hat, verkündete, dass Washington russische Einrichtungen auf der Krim als «legitime Ziele» betrachtet und die US-Regierung ukrainische Angriffe auf russisches Gebiet unterstützt.



Gestern kündigte Putin an, dass Russland seine Teilnahme am letzten verbliebenen Atomwaffenabkommen aussetzen wird, da Washington auf der Einhaltung des Abkommens durch Russland besteht, obwohl es kein eigenes Abkommen hat.

Der US-Botschafter wurde vorgeladen, um Rechenschaft über die Beteiligung Washingtons am Ukraine-Konflikt mit Russland abzulegen. Dem US-Botschafter wurde gesagt, dass das Geld, die Waffen, die Zielinformationen und das Unterstützungspersonal die Unwahrheit der Behauptung Washingtons beweisen, nicht an dem Konflikt beteiligt zu sein. Dem Botschafter wurde gesagt, dass sich die USA aktiv im Krieg mit Russland befinden und sich aktiv an feindlichen Handlungen gegen Russland beteiligen, und dass dies Konsequenzen haben wird.

Putin hat russische Atomraketen in Gefechtsbereitschaft versetzt.

Fragen Sie sich, was für eine völlig dumme und unverantwortliche Regierung in Washington uns in eine solche Situation bringt. Fragen Sie sich, welche Art von Schwachköpfen an der Spitze der NATO-Länder stehen, die das Überleben ihrer eigenen Länder aufs Spiel setzen, um Washington zu gefallen. Fragen Sie sich, was für eine völlig verblödete Führung es in Finnland gibt, die es nicht erwarten kann, in diese gefährliche Situation hineinzuspringen und der NATO beizutreten.

Und wo ist Amerikas idiotischer Präsident, während Russland seine Atomraketen in Gefechtsbereitschaft versetzt? Telefoniert er gerade mit Putin, um die gefährliche Situation zu beruhigen? Nein. Der Idiot ist in der Ukraine und in Polen und giesst Benzin ins Feuer.

Ich habe immer wieder davor gewarnt, dass das Engagement des Westens in der Ukraine zu einem Atomkrieg führt. Die minderwertigen Schwachköpfe, aus denen sich die «russische Expertengemeinschaft» zusammensetzt, haben mich ignoriert, ebenso wie die «nur aus offiziellen Berichten bestehenden Medien». Die US-Politiker sind russophobe Leute, wie z.B. der US-Aussenminister Michael McFaul, die eine gefährliche Situation emotional angehen und unfähig sind, vernünftig und verantwortungsbewusst zu handeln.

Die Russen haben dies alles gesehen. Sie sehen, dass es in der westlichen Führung keine Intelligenz gibt, sondern nur die Absicht, Russland zu brechen. Putin war in all dem geduldig – zu geduldig, wie ich behauptet habe – und hat nach einem Funken Intelligenz im Westen gesucht. Da er keinen findet, scheint er die Hoffnung aufzugeben. Wenn er die Hoffnung aufgibt, ist der Krieg im Anmarsch.

Das unbeteiligte, unwissende und uninformierte amerikanische Volk hat keine Ahnung von der gegenwärtigen Gefahr. Ihr Verständnis ist auf ihre Indoktrination beschränkt: Russland schlecht, Ukraine gut.

Hier sind einige Nachrichtenberichte:

Putin setzt neuen START-Atomvertrag aus, versetzt Raketen in Gefechtsbereitschaft

Russland hat den US-Botschafter vorgeladen, um die militärische Beteiligung der USA am Ukraine-Konflikt zu erklären

Victoria Nuland stellt klar, dass die USA die ukrainischen Angriffe auf die Krim unterstützen

QUELLE: BREAKING NEWS: A NANO-SECOND TO MIDNIGHT

Quelle: <https://uncutnews.ch/eilmeldung-eine-nano-sekunde-vor-mitternacht/>

**Traurig, wie bedauernswert dumm, leichtgläubig
und manipulierbar die Menschen doch sind.**

Sad how pitifully stupid, gullible and manipulable people are.

Anne Hathaway: Selenskyj ist „ein Held unserer Zeit“

Erstellt: 16.02.2023 Aktualisiert: 17.02.2023, 15:24 Uhr

Kommentare

Teilen



Mit Volldampf voraus Richtung Eisberg!

Diktator Selensky befiehlt im Auftrag der USA mehr Waffen und der schwachsinnige Olaf beschleunigt den Selbstmord Europas. Es ist wie ein Albtraum, aus dem man leider nicht erwachen kann.

Full steam ahead towards the iceberg! Dictator Selensky orders more guns on behalf of the US and dimwitted Olaf hastens Europe's suicide. It's like a nightmare that unfortunately you can't wake up from.



Aktualisiert am 17.02.2023, 19:54 Uhr

- Bundeskanzler Olaf Scholz galt lange Zeit als zögerlich bei den Waffenlieferungen in die Ukraine.
- Auf der Münchner Sicherheitskonferenz fordert er nun die Verbündeten eindringlich dazu auf, die Ukraine ebenfalls mit Kampfpanzern zu unterstützen.
- Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärte: "Es gibt keine Alternative zu unserem Sieg."

«Wir verschiffen keine Waffen» – Italiens Hafenarbeiter streiken gegen Melonis Ukraine-Politik

25 Feb. 2023 15:54 Uhr

Unter dem Motto «Runter mit den Waffen, rauf mit den Löhnen» wird heute in Genua demonstriert, und an allen italienischen Häfen 24 Stunden lang gestreikt. «RT DE» hat mit den Organisatoren gesprochen.

Der Hafen Genua ist flächenmässig der grösste Seehafen Italiens.

Von Daniele Pozzati

Verschiffte Waffen, tödliche Arbeitsunfälle, Rekordinflation: Alles hänge zusammen, sagt die Usb, die Basisgewerkschaft der italienischen Hafenarbeiter.

Die von der Meloni-Regierung beschlossene Waffenlieferung an die Ukraine, gefolgt von zwei tödlichen Arbeitsunfällen im Februar, hat den Protest der Dockarbeiter neu entfacht. Die Gewerkschaft erklärte:

«Wir haben den Sicherheitsstreik mit dem bereits geplanten Streik gegen den Transit von Waffen aus den Häfen verknüpft, weil auch dabei, neben der ethischen Frage, die Frage der Arbeitssicherheit im Mittelpunkt steht; und weil das Geld, das für die Unfallprävention nicht aufzubringen ist, stattdessen bedenkenlos zur Finanzierung der Kriegseskalation und für Investitionen in die Rüstungsindustrie verwendet wird.»

Seit Wochen wird in zahlreichen italienischen Häfen und Flughäfen (Genua, Livorno, Triest, Pisa, usw.) demonstriert und gestreikt. Währenddessen organisierte die Basisgewerkschaft Usb die heutige Grossdemo in Genua, Italiens grösstem Hafen, und den damit verbundenen 24-stündigen landesweiten Streik.

Bei dem Protest geht es auch um die Rekordinflation als Folge des Ukraine-Krieges. In der gewerkschaftlichen Mitteilung der Usb heisst es diesbezüglich:

«Anstatt Gesetze zu fördern, um die Löhne zu erhöhen – angesichts einer Inflation von 11 Prozent und unhaltbarer Lebenshaltungskosten –, hat der italienische Staat beschlossen, uns in den Krieg zu führen. Indem er Milliarden von Euro für Waffen ausgibt, die in die Ukraine geschickt werden sollen. Waffen, die unsere Häfen passieren und dazu verwendet werden, Arbeiter zu töten.»

Triest: «Den dauerhaften Streik gegen Waffenversand fördern»

Am 21. Januar bot Italiens Wirtschaftsminister Adolfo Urso der Ukraine die Häfen von Triest und Venedig an:

«Da Russland die Häfen der Ukraine vermint hat, wird es für Kiew einfacher sein, Handel über die Häfen der Nordadria zu treiben.»

Welche Art von «Handel» der Wirtschaftsminister damit meinte, fanden die Hafenarbeiter von Triest und der nahegelegenen Hafenstadt Monfalcone am 2. Februar heraus: In der darauffolgenden gewerkschaftlichen Pressemitteilung hiess es:

«Heute haben wir ein Informationsschreiben erhalten, über die Bewegung von militärischen Logistikmitteln, aber auch von Angriffsmitteln (Haubitzen) mit unbekanntem Ziel im Hafen von Monfalcone. Die Basisgewerkschaft Usb hat sofort zu Protesten aufgerufen, und um eine sofortige Klarstellung durch die Hafenbehörde gebeten.»

Die Usb sei völlig einverstanden mit Triest als Hafen in Diensten der Ukraine, aber «für eine Initiative, die den Wiederaufbau eines vom Krieg gequälten Landes begünstigt, und nicht, um noch mehr Tod und Zerstörung zu befeuern».

«Nach Ansicht der Usb ist eine ständige Transparenz- und Überwachungstabelle erforderlich. Die Hafenarbeiter von Triest werden es niemals akzeptieren, Waffen und Sprengstoff einzuschiffen. Und wir als Usb sind bereit, allen Hafenarbeitern formell Deckung zu geben, indem wir einen dauerhaften Streik für den Transport von Kriegsmaterial fördern.»

RT DE hat mit dem in Triest geborenen Hafenarbeiter Stefano Puzzer gesprochen, der von 1994 bis April 2022 im Hafen von Triest tätig war. Von 2014 bis 2021 war Puzzer Leiter einer autonomen Gewerkschaft, der CLPT, der es gelang, den Anteil der in prekären Verhältnissen beschäftigten Hafenarbeiter von 47 auf 3 Prozent zu reduzieren.

Puzzer wurde Oktober 2021 in Italien bekannt, als er Sprecher der Bewegung gegen die Einführung der 2G-Regel am Arbeitsplatz wurde. Sein Kampf gegen den Impfpass hat ihn am Ende seinen Job gekostet: Im April 2022 wurde er, nach 18 Jahren, entlassen.

Puzzer stellt fest, dass keine italienische Regierung den Triester Hafen für militärische Zwecke nutzen dürfe – Melonis Vorgehen sei also völkerrechtswidrig:

«Der Freihafen Triest liegt im Freien Territorium Triest, das mit der 16. Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen errichtet wurde. Dies wurde mit dem Friedensvertrag vom 10. Februar 1947 umgesetzt.

In Anhang 6 Artikel 3 des besagten Vertrags wird festgelegt, dass das Territorium und der Hafen neutral und entmilitarisiert sind und keine bewaffneten Kräfte zugelassen werden, es sei denn mit Genehmigung des Sicherheitsrates.

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages und des Ratifizierungsgesetzes 3054/1952 verpflichtet sich Italien zur Einhaltung dieser internationalen Bestimmungen.»

Genua: «Häfen für imperialistischen Kriege gesperrt»

In Genua findet heute die Grossdemo «Runter mit den Waffen, rauf mit den Löhnen» in der Nähe des Hafens statt. Erwarten werden dutzende Busse aus allen italienischen Grossstädten, Hafenstädten, und sogar einige ausländische Gewerkschaftsdelegierte. Dabei sein werden sowohl Hafenarbeiter als auch Studenten, politische Aktivisten und zahlreiche Mitglieder der linken Partei Potere al Popolo! (PaP).

Das autonome Hafenarbeiterkollektiv CALP aus Genua – ein Mitglied der landesweiten Basisgewerkschaft Usb – hat seit Ende Januar die Demo und den damit verbundenen 24-stündigen Streik organisiert. Die Usb engagiert sich seit vielen Jahren gegen den Waffenversand und -transit über italienische Häfen.

RT DE sprach mit José Nivoi, dem Sprecher von CALP. Wie Puzzer in Triest betont Nivoi die gesetzwidrige Natur jedweder Waffenlieferung:

«Wir können die Logik nicht akzeptieren, dass einige Kriege als legitim angesehen werden und andere nicht. Wir wollen mit unserer Arbeit nicht in der Waffenvertriebskette mitarbeiten. Wir fordern die vollständige Einhaltung des Gesetzes 185 von 1990 und der italienischen Verfassung.

Es ist nicht zu fassen, wie die italienische Regierung sowohl gegen das italienische Gesetz 185/1990 (welches die Überwachung aller Waffen im Export, Import und Transit vorsieht), als auch die eigene Verfassung (dessen Artikel 11 Krieg als Mittel zur Streitbeteiligung ablehnt) verstösst – und dies alles, um der NATO zu dienen.»

Bei der heutigen Demo und dem Streik geht es auch um das Thema Arbeitssicherheit. Allein im Februar sind zwei Hafenarbeiter ums Leben gekommen. Den Hintergrund zu der steigenden Zahl tödlicher Arbeitsunfälle erklärt Nivoi wie folgt:

«Es ist nicht mehr an der Zeit, Arbeitnehmer der Dynamik von Einsparungen und Kürzungen bei Personal und Sicherheit zu opfern, um die Gewinne multinationaler Unternehmen zu steigern.

Wenn es einen Krieg zu führen gibt, dann ist es nur der gegen die Tötungsdelikte auf dem Arbeitsplatz, und zwar durch die Feststellung des Verbrechens der Tötungsdelikte auf dem Arbeitsplatz; so wie wir seit Jahren die Anerkennung der Arbeit in den Häfen als eine anstrengende Tätigkeit fordern: Wenn unsere Forderung angenommen worden wäre, hätte Paolo Borselli im Alter von 58 Jahren nicht auf einem Transportwagen für schwere Lasten gesessen, und wäre heute noch am Leben.»

Zusätzlich zu der Grossdemo in Genua, und damit verbunden, finden heute auch zwei kleinere Demos statt: im sizilianischen Niscemi und im sardinischen Cagliari. Nivoi erklärte in diesem Zusammenhang:

«Das sind Orte, an denen die Militäreinrichtungen der US-Amerikaner das Leben der Einwohner unmöglich machen, obwohl die italienischen Politiker davon lieber nichts hören wollen.»

In Niscemi, Sizilien, sorgt seit vielen Jahren das Mobile User Objective System (MUOS), ein Satellitenkommunikationssystem der US Navy, für massive, wenn auch lokale Proteste. Denn aufgrund der erhöhten Strahlung sterben in Niscemi weitaus mehr Menschen an Krebs und werden mehr Kinder krank geboren als anderswo in Italien und auf Sizilien selbst.

In Cagliari, Sardinien, hätten sich seit Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine die NATO-Übungen intensiviert, was zu Unruhen und Protesten geführt habe.

In der Pressemitteilung der Usb Genua heisst es mit Blick auf die Militärübungen, den Waffenhandel und die Arbeitsunfälle:

«Alle diese Ereignisse (Todesfälle am Arbeitsplatz, Rekordinflation, Entlassungen von Gewerkschaftern, Waffenhandel usw.) stehen miteinander in Zusammenhang.»

«Wir können nicht auf die Politik warten», schlussfolgert José Nivoi. «Die Opposition gegen den Krieg kann nur von den Arbeitern ausgehen.»

Quelle: <https://freeassange.rtde.me/europa/163857-wir-verschiffen-keine-waffen-italiens/>

Wie radikal der Ukraine-Krieg die Welt verändert hat

25 Feb. 2023 17:26 Uhr

Irgendwann wird auf den Trümmern der alten Ordnung eine neue entstehen. Das gilt auch für das System der nuklearen Waffenkontrolle: Sie wird allerdings nie mehr so sein wie früher. Warum das so ist und was ein künftiges System beachten muss, beschreibt Dmitri Trenin.

Von Dmitri Trenin

In seiner jüngsten wegweisenden Rede vor dem russischen Parlament nannte Wladimir Putin den Krieg in der Ukraine und die Beteiligung der USA und der NATO an diesem Konflikt als Hauptgrund für seine Entscheidung, Moskaus Teilnahme am neuen START-Vertrag über strategische Atomwaffen von 2010 «auszusetzen». Putin deutete auch an, dass Russland bereit sein sollte, atomare Tests wieder aufzunehmen. Diese Ankündigung, die vom russischen Parlament umgehend in Gesetzesform gebracht wurde, bedeutet faktisch das formale Ende der seit über 50 Jahren bestehenden Institutionen der strategischen Rüstungskontrolle. Wenn auf New START der CTBT (Vertrag über das umfassende Verbot von Atomtests) und dann der NPT (Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen) folgen, ist die strategische Deregulierung abgeschlossen. Nach Putins Logik ist es nicht möglich, den Vereinigten Staaten zu gestatten, russische Raketenbasen zu inspizieren, während sie gleichzeitig eine Politik der «strategischen Niederlage» Moskaus in der Ukraine betreiben.

Diese Entscheidung der russischen Staatsführung war alles andere als ein Blitz aus heiterem Himmel. Der Stellvertreterkrieg in der Ukraine ist nur der Höhepunkt eines anderthalb Jahrzehnte andauernden Prozesses der stetigen Verschlechterung der russisch-amerikanischen und russisch-europäischen Beziehungen. Seit Mitte der 2000er-Jahre hat sich zunehmend abgezeichnet, dass Washington und seine Verbündeten Russland nicht zu für Moskau akzeptablen Bedingungen zu einem Teil der von den USA dominierten Ordnung werden lassen. Sich den westlichen Bedingungen zu fügen, war Russland wiederum nicht bereit. Damit stand fest, dass sich die Beziehung generell in Richtung Konfrontation entwickeln würde.

Zwar gab es eine kurze Phase, die mit der Präsidentschaft von Dmitri Medwedew (2008–2012) zusammenfiel und in der neben der Unterzeichnung von New START auch der Versuch unternommen wurde, eine strategische Partnerschaft zwischen Russland und der NATO sowie Modernisierungs- und Technologiepartnerschaften zwischen Russland und wichtigen westlichen Ländern, darunter den USA und Deutschland, aufzubauen. Dieser Versuch entpuppte sich jedoch als das letzte Aufbäumen der Bemühungen, Russland nach dem Ende des Kalten Krieges in den Westen zu integrieren.

Während Moskau im Wesentlichen nach gleicher und unteilbarer Sicherheit sowie nach Technologie- und Geschäftsmöglichkeiten suchte, waren Washington und Berlin vor allem daran interessiert, Russlands innenpolitisches Regime aufzuweichen und zu verwässern. Es war keine Rede davon, die russischen Sicherheitsinteressen hinsichtlich der NATO-Osterweiterung ernst zu nehmen: Moskau sollte die Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges akzeptieren, in der es kein entscheidendes Mitspracherecht mehr hatte. Diese Diskrepanz zwischen den wichtigsten Zielen konnte nicht lange bestehen bleiben. Schon 2011/12 liessen sich die Aussichten für die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen in etwa so zusammenfassen: Es muss erst schlimmer werden, bevor es noch schlimmer werden kann.

Im Moment befinden wir uns noch immer auf diesem Weg – die Dinge können noch düsterer werden als sie es jetzt sind.

Hoffentlich wird uns die glaubwürdige Androhung der vollständigen Vernichtung – das Herzstück der nuklearen Abschreckung – auch weiterhin vor dem Schlimmsten bewahren, aber die Veränderungen, die der Ukraine-Krieg in seinem ersten Jahr in der globalen strategischen Landschaft bewirkt hat, sind in der Tat massiv. Auf die strategische Deregulierung zwischen Moskau und Washington wurde bereits hingewiesen. In der Praxis bedeutet dies, dass jede Partei ihre strategischen Streitkräfte nach eigenem Gutdünken aufbauen, strukturieren, einsetzen und sich auf ihre eigenen sogenannten nationalen technischen Mittel – wie Spionagesatelliten und andere Formen der Aufklärung – als Hauptquelle für Informationen über die andere Seite stützen kann. Natürlich haben unter solchen Umständen beide Parteien einen starken Anreiz, sich mit der Planung des schlimmsten Falls zu befassen.

Es stimmt, dass von den fünf «etablierten» Atommächten und den vier weiteren Ländern, die über Atomwaffen verfügen, nur zwei – Amerika und Russland – in der Vergangenheit eine nukleare Rüstungskontrolle betrieben haben. Jahrelang versuchte Washington, Wege zu finden, Peking in den strategischen Dialog zwischen den USA und Russland einzubinden, was zu einer dreiseitigen Vereinbarung führte. Es wird angenommen, dass China, das nie an dem US-Angebot interessiert war, nun dabei ist, seine strategischen Nukle-

arstreitkräfte erheblich auszubauen und zu verbessern. Ob und wann Peking bereit sein wird, mit Washington über strategische Waffen zu verhandeln, kann nur gemutmasst werden. Nachdem die USA China offiziell zu ihrem Hauptgegner erklärt haben, sind die chinesisch-amerikanischen Beziehungen zunehmend angespannter geworden. In jedem Fall wird es nun noch schwieriger, einen strategischen Ausgleich zwischen den drei führenden Atommächten zu finden, von denen jede die beiden anderen als Gegner betrachtet.

Strategische Deregulierung bedeutet nicht nur, dass es keine verbindlichen Verträge mehr gibt. Sie bedeutet auch die Auflösung des konzeptionellen Rahmens für die Rüstungskontrolle, der ursprünglich von den Amerikanern in den 1960er-Jahren entwickelt und dann von der Sowjetunion akzeptiert wurde. Jede künftige Vereinbarung zwischen den Atommächten der Welt wird ein völlig neues Konzept erfordern, das sich auf die vereinbaren und zueinanderpassenden Elemente stützen könnte, die von den beteiligten Ländern mit ihren sehr unterschiedlichen strategischen Umfeldern und Kulturen entwickelt wurden. Dies wird sicherlich eine äusserst schwierige Aufgabe werden.

Putins verärgerte Reaktion auf die Aufforderung der NATO an Russland, das neue START-Abkommen einzuhalten und US-Inspektoren ins Land zu lassen, hat ein weiteres Thema ins Blickfeld gerückt: die Atomwaffen Grossbritanniens und Frankreichs. Die Sowjetunion hatte lange darauf bestanden, die nuklearen Arsenale dieser beiden Länder in die US-Obergrenzen einzubeziehen, und gab erst unter Gorbatschow nach. Seitdem Paris und London eine aktive Rolle im Stellvertreterkrieg in der Ukraine spielen, ist Moskau nicht mehr bereit, so zu tun, als dienten die britischen und französischen Atomstreitkräfte nur der Verteidigung ihrer eigenen Länder. Sie werden als Teil des kombinierten Arsenal des gegnerischen, von den USA geführten Westens betrachtet. Jede denkbare künftige Vereinbarung müsste sich also mit der Frage der anglo-französischen Streitkräfte befassen.

In geopolitischer Hinsicht hat der Krieg in der Ukraine Washington dazu veranlasst, eine globale Koalition gegen Russland zu bilden. Dies wird oft als grosser Erfolg der Regierung von Präsident Joe Biden dargestellt. Aus einer anderen Perspektive betrachtet, hat die Russland- und Chinapolitik der aufeinanderfolgenden US-Regierungen von Obama, Trump und insbesondere Biden zu einer tiefen Spaltung zwischen den Grossmächten geführt, die sich vom Wettbewerb zu einer erbitterten Rivalität mit China und einem Stellvertreterkrieg mit Russland in der Ukraine ausgeweitet hat.

Die Bemühungen der USA, China dazu zu bringen, sich von Russland zu distanzieren, erscheinen lächerlich in einer Situation, in der die Strategie Washingtons darin zu bestehen scheint, die beiden Hauptgegner nacheinander zu besiegen und zu bändigen und sie darüber hinaus gegeneinander auszuspielen. Das berühmte Dreieck Kissingers zeigt nun in eine andere Richtung: Washington hat die schlechtesten Beziehungen zu den beiden anderen. Was Moskau und Peking betrifft, so kommen sie sich dadurch noch näher.

Die engere Zusammenarbeit und Koordination zwischen China und Russland inmitten des Krieges in der Ukraine stellt eine erhebliche Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der internationalen Ordnung dar. Sie bildet sich allmählich auf der Grundlage gemeinsamer strategischer Interessen heraus. Hinzu kommt – und das geht weit über das übliche westliche Konzept des «Wettbewerbs der Grossmächte» hinaus – der Aufstieg von mehr als hundert Akteuren unterschiedlichen Kalibers in vielen Teilen der Welt, die sich geweigert haben, die USA und ihre Verbündeten bei den Russland-Sanktionen zu unterstützen, und die ihre Handels- und sonstigen Beziehungen zu Moskau aufrechterhalten oder sogar ausgebaut haben. Diese Länder bestehen darauf, ihre eigenen nationalen Interessen zu verfolgen und versuchen, ihre aussenpolitische Autonomie zu erweitern. Letztlich könnte sich dieses Phänomen – nennen wir es den Aufstieg der nicht länger stummen globalen Mehrheit – als die bisher wichtigste Entwicklung auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung erweisen.

Übersetzt aus dem Englischen.

Dmitri Trenin ist Professor an der Moskauer Higher School of Economics und leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen. Er ist zudem Mitglied des Russischen Rates für Internationale Beziehungen.

Quelle: <https://freeassange.rtd.me/europa/163807-wie-radikal-ukraine-krieg-welt-veraendert-hat/>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, **Fax** +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



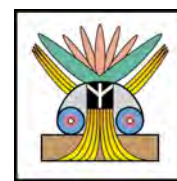
© FIGU 2023

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber – der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz